



Jugend!



# MEHR WAGEN!

**EIN THEMENHEFT ZU DEMOKRATIE  
IN BEWEGTEN ZEITEN**

## **KRISE ALS CHANCE?**

Warum Streit wichtig, Populismus keine Alternative und Teilhabe entscheidend ist.

## **RAUS AUS DER KOMFORTZONE!**

Wie Facebook und Co. die Meinungsbildung beeinflussen und weshalb Demokratie nicht am Werkstor endet.

## **BESSER MACHEN.**

Was wir mit Kampagnen erreichen können. Und einige gute Argumente für die Demokratie.



# INHALT



- |    |   |    |  |
|----|---|----|--|
| 02 | <b>EDITORIAL</b><br><b>DEMOKRATIE IST DAS WICHTIGSTE,<br/>         WAS WIR ALS GESELLSCHAFT HABEN</b> | 36 | <b>PRO &amp; CONTRA</b><br><b>DIREKTE DEMOKRATIE?</b>  |
| 04 | <b>EINLEITUNG</b><br><b>WIR MACHEN DEMOKRATIE</b>   | 38 | <b>DEMOKRATIE ENDET</b><br><b>AM WERKSTOR? NICHT!</b><br><b>DAS ZAUBERWORT HEISST<br/>         MITBESTIMMUNG</b> |
| 06 | <b>STREIT, ZÄHNEKNIRSCHEN,<br/>         KOMPROMISS</b><br><b>VOM BOHREN DICKER BRETTER</b>            | 44 | <b>BBIG – JA, ABER BESSER!</b><br><b>WIE EINE IDEE UND JUNGE AKTIVE<br/>         EIN GESETZ VERÄNDERN</b>        |
| 12 | <b>DEMOKRATIE IN DER KRISE?</b><br><b>ZWISCHEN POLITIKMÜDIGKEIT<br/>         UND POPULISMUS</b>       | 48 | <b>WIR MÜSSEN REDEN!</b><br><b>EIN PAAR GUTE ARGUMENTE<br/>         FÜR DIE DEMOKRATIE</b>                       |
| 22 | <b>INTEGRATION STATT AUSGRENZUNG</b><br><b>MEHR TEILHABE MÖGLICH MACHEN</b>                           | 52 | <b>MATERIALSAMMLUNG</b>  |
| 26 | <b>PRO &amp; CONTRA</b><br><b>MIT RECHTSPOPULISTEN REDEN?</b>   | 54 | <b>IMPRESSUM</b>   |
| 28 | <b>FACEBOOK, FAKE NEWS, FILTERBLASEN</b><br><b>DEMOKRATIE IM INTERNET</b>                             |    |  |

**DEMOKRATIE IST DAS  
WICHTIGSTE, WAS WIR ALS  
GESELLSCHAFT HABEN.**



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Demokratie ist für viele Menschen auf den ersten Blick eine Selbstverständlichkeit. Wir sind daran gewöhnt, bei Wahlen unser Kreuz zu machen. Das gilt auch bei den Wahlen in den Betrieben. Demokratie und betriebliche Mitbestimmung sind aber nicht selbstverständlich. Sie wurden in Deutschland hart erkämpft. Demokratie benötigt immer aktive Demokratinnen und Demokraten.

Demokratie bedeutet aber nicht nur, dass eine Regierung gewählt werden kann. Die Meinungs- und Pressefreiheit, der Minderheitenschutz, die Unabhängigkeit der Justiz oder eben auch das Recht, sich zu organisieren und Gewerkschaften zu gründen, sind fundamentale demokratische Rechte. Auch heute noch werden vielen Menschen diese Rechte und demokratische Beteiligung verwehrt. Weltweit und auch in weiten Teilen Europas bröckelt die demokratische Substanz. Rechtspopulisten und andere demokratiefeindliche Kräfte treten immer selbstbewusster auf. Leider nicht ganz ohne Erfolg. Zum Glück aber auch nicht ohne starken und breiten gesellschaftlichen Widerstand.

Demokratie ist das Wichtigste, was wir als Gesellschaft haben. Für uns als Gewerkschaft trifft das ganz besonders zu. Interessenvertretung und Mitbestimmung wären ohne Demokratie als politische Regierungs- und Lebensform so nicht denkbar. Demokratie ist eine Voraussetzung für politische Stabilität, Beteiligung, das friedliche Erstreiten von Positionen und soziale Teilhabe und Gerechtigkeit. Das gilt für Betrieb und Gesellschaft gleichermaßen. Wenn Arbeitgeber gewerkschaftliche Aktivitäten oder Betriebsratswahlen in Betrieben verhindern, ist das ein Angriff auf die demokratischen Rechte der Beschäftigten. Die IG Metall will mehr Demokratie, Mitsprache und Beteiligung der Beschäftigten.

Demokratische Errungenschaften sind eben nicht in Stein gemeißelt. Demokratie ist nämlich die einzige Regierungs- und Lebensform, die immer wieder neu erlernt und erlebt werden muss. Wir als IG Metall haben in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gezeigt, dass wir Demokratie gestalten. Mit modern.bilden. hat die junge IG Metall zum Beispiel erfolgreich für ein besseres und modernes Berufsbildungsgesetz gestritten. Viele junge Kolleginnen und Kollegen haben so erfahren: Politik ist nichts Abstraktes, ich kann mich einmischen und etwas ändern.

Auch die heutigen und zukünftigen Herausforderungen können, so meine feste Überzeugung, nur durch mehr Demokratie gemeistert werden. Um nur zwei Aspekte zu nennen: die Digitalisierung und die zunehmende Vernetzung unserer Wirtschaft werden die gesamte Ausbildungs- und Arbeitswelt massiv verändern. Und: die globalen Migrationsbewegungen werden in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Demokratie und Mitbestimmung sind die besten Mittel, um diese Entwicklungen zu gestalten. Nur so können wir Wege für ein soziales und friedliches Miteinander finden.

Dieses Themenheft liefert eine gute Grundlage für eine Auseinandersetzung mit dem Thema Demokratie. Wenn wir zukünftig friedlich zusammenleben und weiterhin über das mitbestimmen wollen, was uns alle betrifft, dann müssen wir handeln. Diesen Weg geht die IG Metall, und ich bin zuversichtlich, dass wir auch zukünftig kritische und fortschrittliche Gestalter und Gestalterinnen der Demokratie sein werden.

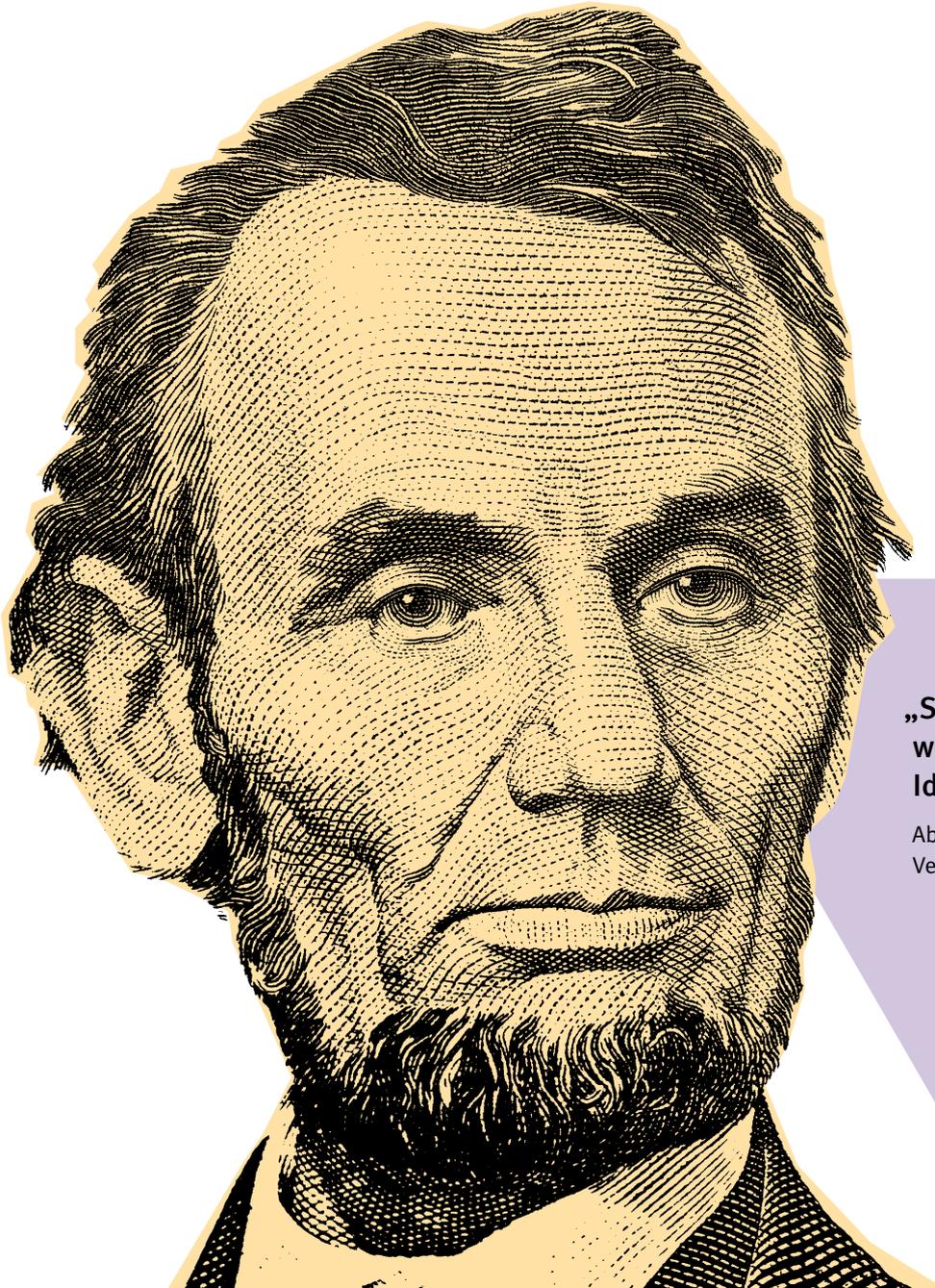
In diesem Sinne wünsche ich Euch eine interessante Lektüre und eine lebendige Auseinandersetzung.



Christiane Benner

# WIR MACHEN DEMOKRATIE

Der Begriff „Demokratie“ stammt aus dem Griechischen und setzt sich aus den Begriffen δῆμος (dēmos) = „Volk“ und κρατός (kratós) = „Gewalt“, „Macht“, „Herrschaft“ zusammen. Man kann Demokratie also wortwörtlich mit „Volksherrschaft“ oder „Herrschaft des Staatsvolkes“ übersetzen.



„So wie ich kein Knecht sein will,  
will ich kein Herr sein. Das ist meine  
Idee von Demokratie.“

Abraham Lincoln, der 16. Präsident der  
Vereinigten Staaten von Amerika

**B**ezeichnet werden damit politische Systeme, in denen die Regierung durch Wahlen und andere Formen politischer Partizipation und Entscheidungsfindung vom Volk ausgeht. Merkmale einer modernen Demokratie sind freie Wahlen, das Mehrheits- oder Konsensprinzip, Minderheitenschutz, die Akzeptanz einer politischen Opposition, Gewaltenteilung, Verfassungsmäßigkeit, Schutz der Grundrechte – also der Bürger/innen- und Menschenrechte. Soweit die formale Definition.

Abraham Lincoln, der 16. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, beschrieb seine Vision von Demokratie einst wesentlich kürzer: „So wie ich kein Knecht sein will, will ich kein Herr sein. Das ist meine Idee von Demokratie.“ Und traf damit einen – neben den Formalia – entscheidenden Aspekt. Demokratie verlangt Freiheit und Gleichheit, andernfalls funktioniert sie nicht.

## MENSCHENRECHTE UND FREIE WAHLEN

Aber was heißt das eigentlich, Freiheit und Gleichheit? Es bedeutet jede Menge. Zum Beispiel, die Menschenrechte zu schützen. Sie bilden die Grundlage des Zusammenlebens aller Menschen, ob auf internationaler, nationaler, lokaler oder familiärer Ebene. Dazu gehören die Persönlichkeitsrechte, die das Recht auf Leben und auf freie Entfaltung der Persönlichkeit festschreiben. Dazu gehören die politischen und zivilen Rechte, die dafür sorgen, dass alle Bürger/innen ungehindert am politischen Leben teilnehmen können. Dazu gehören die sozialen und ökonomischen Rechte, die die Grundversorgung aller Menschen sicherstellen sollen, wozu auch das Recht auf Bildung zählt.

Es bedeutet auch, in regelmäßigen Abständen demokratische Wahlen abzuhalten. Diese müssen frei sein, sodass die Wähler/innen sich ohne Einschränkung zwischen unterschiedlichen Kandidaten/innen oder politischen Parteien entscheiden können. Sie müssen gleich sein, indem jede/r Wahlberechtigte über eine Stimme verfügt, deren Gewicht weder an die Abstammung noch an Geschlecht, Sprache, Einkommen oder Besitz, Beruf, Stand oder Klasse, sexuelle Identität, Bildungsniveau, Religion oder politische Überzeugung gekoppelt ist. Sie müssen geheim sein, sodass nicht feststellbar ist, wer wofür gestimmt hat. Und sie müssen öffentlich sein, was beinhaltet, dass jede/r Wahlberechtigte die Auszählung der Stimmzettel beobachten darf. Zudem muss die gesamte Auszählungsprozedur lückenlos nachvollziehbar sein.

## DEMOKRATIE BEKOMMT MAN NICHT GESCHENKT

Aber es reicht nicht aus, nur die Spielregeln zu kennen. Demokratie ist eine Frage der Haltung – und damit auch ihre Bedingungen. Eine Kultur, die wir gemeinsam entwickeln, um die wir uns streiten und die wir trotz allem zusammen und im Sinne aller weiterentwickeln. Und zwar jeden Tag – im Betrieb, in der Universität, in unseren Freundeskreisen, in der Familie und in der IG Metall.

Freiheit, Gleichheit und Demokratie sind nichts Statisches, sondern immer wieder Veränderungen, Angriffen und Rückschlägen unterworfen. Vieles muss regelmäßig neu bestimmt und unter Umständen auch verteidigt werden. Das ist nicht leicht und oft verwirrend. Gerade in Zeiten wie diesen, in denen viele Sicherheiten brüchig werden, Ängste zunehmen und autoritäre Bewegungen und Parteien an Zustimmung gewinnen. In denen die große Politik häufig hilflos wirkt und die eingeschlagenen Wege als alternativlos verteidigt werden. In denen Gerechtigkeit und Solidarität als gesellschaftliche Perspektiven immer kleiner zu werden scheinen. Aber so muss es nicht bleiben.

## MITBESTIMMEN UND MITGESTALTEN

Dieses Themenheft will dich dabei unterstützen, Demokratie, Mitbestimmung und Teilhabe zum Thema zu machen. Und zwar nicht nur auf einer abstrakten, gesellschaftstheoretischen Ebene, sondern auch ganz konkret und praktisch. Die Rubrik „Pro & Contra“ diskutiert strittige Fragen und zeigt dir für entgegengesetzte Positionen jeweils gute Argumente auf. Zwei Interviews widmen sich der Frage danach, wie Demokratie in der politischen Auseinandersetzung und im Betrieb aussehen kann. Weitere Beiträge beleuchten die Themenfelder „Demokratie in der Krise“, „Ausgrenzung und Integration“, „Demokratie und Internet“ sowie „Gute und schlechte Kompromisse“. Wir reflektieren unsere Kampagne „modern.bilden.“ zur Novellierung des BBiG unter dem Blickwinkel politischer Beteiligung. Und nicht zuletzt findest du in diesem Themenheft argumentative Vorschläge für schwierige Debatten sowie eine kommentierte Materialsammlung.

Am 24. September 2017 stehen die Wahlen zum nächsten Bundestag an. Natürlich ist dieses Themenheft auch im Hinblick darauf entstanden. Denn wir wollen dir Mut machen, deine eigene Stimme ernst zu nehmen. Weil Freiheit, Gleichheit und Demokratie in den meisten Fällen nicht an ihren Feinden scheitern. Sondern an denen, die sich raushalten. Die ihr Stimmrecht verfallen lassen. Die sich nicht einmischen, sondern einfach hinnehmen, was kommt. Gleichmaßen aber wünschen wir uns, dass dieses Themenheft über den Wahltag hinaus wirkt. Denn Wahlen sind wichtig. Aber Demokratie ist in erster Linie das, was wir in der Zeit zwischen den Wahlen daraus machen.



**HALTUNG  
ZEIGEN**

# STREIT, ZÄHNE- KNIRSCHEN, KOMPROMISS



**VOM BOHREN DICKER BRETTER**



Der Kompromiss ist das vernünftige und belastbare Ergebnis eines Interessenkonfliktes. Und er setzt etwas zwingend voraus: Die Bereitschaft zur Kooperation.

## Wir streiten uns dauernd. Über den Abwasch, den Urlaub, mit dem Chef, auf Facebook, in der Politik. Das ist gut so. Denn Streit gehört zum Leben wie das Atmen. Dabei geht es um Interessen, Macht und die Fähigkeit, gute Kompromisse zu schließen – und faule zu verhindern. Wie aber geht das?



**Z**u freundlich gewesen, die Ziele verraten, nicht genug rausgeholt: Kompromisse haben einen schlechten Ruf. Dabei schließen wir jeden Tag welche. Denn wann immer Menschen zusammenkommen, stoßen verschiedene Lebensweisen, Ansichten, Interessen aufeinander. Das kann zu Streit führen. Im Kleinen wie im Großen: Der eine will ins Kino, die andere lieber ins Konzert. Erst gibt es Krach, aber vielleicht wird es doch noch ein netter Abend. Vorausgesetzt, die Sache wird geklärt.

Oder: Die Fans eines kleinen Vereins in der Regionalliga proben den Aufstand, weil die neuen Trikotfarben ein Elend sind, genau wie die Aufstellung der Mannschaft. Am Ende raufen sich alle zusammen, vielleicht muss aber auch der Trainer gehen.

Oder: Ein Geschäftsführer will noch mehr Überstunden geleistet haben, während die Beschäftigten seit langem weniger Mehrarbeit fordern. Der Betriebsrat vermittelt und am Ende steht mit etwas Glück eine Einigung, mit der alle leben können.

Und in der Politik? Ist das Prinzip das Gleiche. Wie in der Wirtschaft. Auch wenn in beiden Bereichen vor allem eines dazukommt: viel Macht. Und sehr viel Geld. „Hütet Euch vor schlechten Kompromissen!“, soll Albert Einstein gesagt haben. Da würde wohl niemand widersprechen. Was den Kompromiss in Verruf bringt, ist anscheinend der schlechte Kompromiss. Aber was zeichnet den aus?

### FAULE KOMPROMISSE ...

Das Beispiel schlechthin für einen schlechten Kompromiss stammt aus der Politik. Es ist das Münchner Abkommen von 1938. Damals stimmten Großbritannien und Frankreich der Zerschlagung der Tschechoslowakei durch Nazideutschland zu. Der damalige englische Premierminister Chamberlain verkaufte den Deal mit Hitler als „Frieden für unsere Zeit“. Die Nazis aber fühlten sich ermutigt, mit ihrer mörderischen Politik fortzufahren, die dann zum Zweiten Weltkrieg führte.

Für den israelischen Philosophen Avishai Margalit ist das Münchner Abkommen deswegen ein fauler Kompromiss, weil es mit dem „radikal Bösen“ geschlossen wurde. Man dürfe solche Kompromisse nicht vereinbaren, da damit Grundsätze, Würde und Ideale verraten würden. Dies ist ein sehr krasses Beispiel.

Und es lässt sich an dieser Stelle berechtigt die Frage stellen, wer und was eigentlich bestimmt, was das ist, das „radikal Böse“. Auch darüber gibt es nie eine sofortige und allgemeine Einigkeit. Ist es in Ordnung, mit autoritären Regimen, die die Menschenrechte missachten und demokratische Werte mit Füßen treten, Geschäfte zu machen oder politische Verträge abzuschließen? Darf mit Rechtsextremen zusammengearbeitet werden, wenn es um lokale Sachfragen wie Kinderspielplätze oder verkehrsberuhigte Zonen geht?

Bereits die Frage danach, mit wem überhaupt Kompromisse ausgehandelt werden dürfen und wo die Grenzen der Kooperationsfähigkeit liegen, ist daher immer schon Teil des gesellschaftlichen Bestimmungsprozesses. Und die Antwort darauf gibt auch immer schon Auskunft darüber, wie sich eine Gesellschaft selbst versteht und welche Vorstellungen von Demokratie vorherrschen.

Doch faule Kompromisse gibt es auch unterhalb des „radikal Bösen“. Kompromisse um des lieben Friedens willen etwa. Oder wenn klar ist, dass eine Einigung tieferliegende Konflikte überdeckt. Dann haftet dem Kompromiss etwas von Falschheit an. Unser Alltag ist voll davon. Das Thema Chancengleichheit in der Bildung ist so ein Fall. Konservative behaupten ja gern: Chancengleichheit ist gegeben, wenn alle Kinder unabhängig des familiären oder kulturellen Hintergrunds in die Schule gehen können. Dann hat jeder die gleichen Chancen, sein Glück zu versuchen. Dass aber das Kind aus besserem Hause mit eigenem Zimmer von einem ganz anderen Punkt aus startet als ein Kind, das in beengten Verhältnissen aufwächst und dessen Eltern nicht fließend Deutsch sprechen, wird dabei ausgeblendet. Formale Chancengleichheit ist zwar gegeben, wirkliche Chancengerechtigkeit ist das aber nicht. Denn die unterschiedlichen Startvoraussetzungen werden im Zweifelsfall darüber entscheiden, wer später gut und wer schlecht ausgebildet sein wird, wer gutes Geld verdient und wer nicht. Unser bestehendes Bildungssystem gleicht also eher einem faulen Kompromiss. Der französische Autor Anatole France hat einmal hintergründig bemerkt, dass es in der Demokratie Reichen wie Armen verboten sei, „unter Brücken zu schlafen, auf den Straßen zu betteln und Brot zu stehlen.“ Was er damit meinte ist Folgendes: Formale Gleichheit zementiert im Grunde genommen existierende Ungleichheiten. Gleichheit kann deshalb niemals ohne Gerechtigkeit bestehen. Alles andere ist ein fauler Kompromiss.

## LEIDENSCHAFT UND AUGENMASS

Aber was ist dann ein guter Kompromiss? Für den schon erwähnten Philosophen Margalit ist zentral, dass ein Kompromiss einen Konflikt befriedet. „Gut“ ist das aber nur, wenn eine Einigung belastbar und von Dauer ist. Margalit spricht sich dafür aus, jeden gutdurchdachten und belastbaren Kompromiss abzuschließen, sofern der nicht mit dem „radikal Bösen“ getroffen wird. Auch wenn der Kompromiss weit entfernt vom angestrebten Idealzustand sei, ist das für Margalit immer noch besser als die Pattsituation oder der andauernde Streit. Denn das sei für alle nur blockierend und kräfteraubend.

Wichtiger noch: „Gute“ Kompromisse sind nicht das Ende der Debatte, sondern schaffen dem Philosophen zufolge überhaupt erst die Voraussetzung dafür, einen Konflikt mit der Zeit bearbeiten zu können und so allmählich aufzulösen. Es ist aber auch klar, was man dafür braucht: einen kühlen Kopf und einen langen Atem. Schon, um dem Vorwurf standzuhalten, man würde sich im Klein-Klein der Verhandlungen verzetteln oder Ideale verraten.

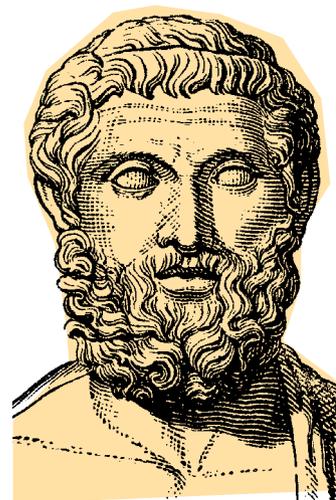
So gesehen ist die Kompromissfindung die Königsdisziplin der Politik. Zumindest in einer Demokratie. In den Worten des berühmten Soziologen Max Weber: „Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß.“ Weber verschweigt nicht, worum es dabei immer auch geht: um Macht und Einfluss. Denn Interesse an Kompromissen hat nur, wer ohne den anderen nicht weiterkommt. So sind es in der Politik meist keine Neigungsbündnisse, die zum Regieren geschlossen werden, sondern pragmatische, realpolitische Entscheidungen, um die eigenen Vorstellungen durchsetzen zu können. Dafür braucht es, wie zähneknirschend auch immer, einen Koalitionspartner, der einem zur Mehrheit verhilft. Was dann folgt, ist das Ringen um Gesetze, Erlasse, Abstimmungen. Gefühlte Niederlagen wechseln sich in schneller Folge ab mit kleinen Teilerfolgen.

Um Macht und Kompromisse geht es auch in der Wirtschaft, etwa bei Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Im Gegensatz zur Regierungsarbeit stehen dabei ganz direkt konkurrierende ökonomische Ansprüche und Ziele im Mittelpunkt. An der jeweils anderen Partei führt kein Weg vorbei, um die eigenen Anliegen durchzusetzen. Bei den Gewerkschaften sind dies beispielsweise Entgelterhöhungen oder gute Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen. Für die Arbeitgeber geht es darum, möglichst hohe Gewinne zu machen. Scheitern alle Kompromissvorschläge, kommt es zur Machtprobe, zu Warnstreiks und – wenn nichts anderes mehr hilft – dem Erzwingungsstreik, dem letzten Mittel der abhängig Beschäftigten, um einen akzeptablen Kompromiss durchzusetzen.

Natürlich gibt es auch andere Möglichkeiten, einen Konflikt zu lösen. Man kann die Flucht ergreifen, den anderen belügen oder überreden, aufgeben oder sich aus der Verantwortung ziehen. Das Problem dabei: Der Konflikt ist meistens nicht wirklich gelöst, sondern nur vertagt oder sehr brüchig. Was dazu führt, dass alle früher oder später wieder vor dem selben Problem stehen, weil die individuellen, gesellschaftlichen oder politischen Kosten zu hoch sind und der Konflikt weiterschwelt.

Der Kompromiss ist in diesem Sinne das vernünftige und belastbare Ergebnis eines Interessenkonfliktes. Und er setzt etwas zwingend voraus: Die Bereitschaft zur Kooperation. Ohne die Offenheit, sich auf andere Menschen, Interessen und Positionen einzulassen – in einem klaren Werterahmen – ist eine Kompromissfindung unmöglich. Dann landen wir entweder wieder bei den bereits erwähnten faulen Kompromissen, bei denen sich im Grund eine Seite durchsetzt und die andere sich unterwirft. Oder im lähmenden Stillstand, weil es auf keiner Seite mehr Bewegung gibt. Oder im offenen Kriegszustand. Wie weit die Kooperationen schlussendlich gehen (oder gehen müssen), steht auf einem anderen Blatt. Hier gibt es unzählige Möglichkeiten. Sie reichen vom losen Zweckbündnis über tragfähige Partnerschaften bis hin zur Integration.

Nur ein anderes Ergebnis ist noch belastbarer als der Kompromiss: Der Konsens. Konsens bedeutet, dass sich alle Beteiligten einig geworden sind und freiwillig und überzeugt dem Ergebnis zustimmen. Doch so wünschenswert ein Konsens ist: Bei Paaren, unter Freunden und in kleinen politischen Initiativen mag das vorkommen. Aber auf den rauen Ebenen der größeren und großen Politik gibt es in der Regel keinen Konsens. Der Hauptgrund: Verschiedene Ansichten. Schlimm ist das in einer Demokratie nicht. Denn vermutlich ist es gar nicht immer gut und sinnvoll, einen Konsens anzustreben. Zum einen, weil das auch bedeuten kann, dass einzelne sich zu einem Konsens genötigt fühlen, den sie eigentlich nicht mittragen wollen. Also wiederum: ein schlechter Kompromiss um des lieben Friedens willen. Und zum anderen, weil Widerspruch, Debatten und das Aushalten unterschiedlicher Meinungen zum Wesen einer funktionierenden Demokratie gehören. Mehr noch, sie halten eine Demokratie lebendig. Und damit im besten Fall auch attraktiv.





### GRUNDRECHTE

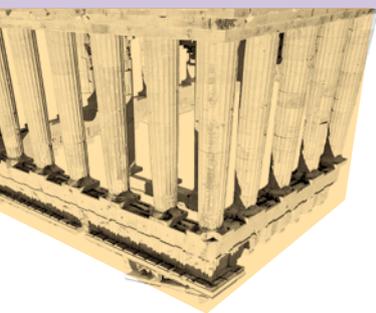
sind öffentliche Rechte der Einzelnen. Dazu gehört unter anderem die Achtung der Menschenwürde (Art. 1 GG), das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 GG) sowie das Recht auf Koalitionsfreiheit (Art. 9 GG). In Deutschland sind die Grundrechte im Grundgesetz und in den Verfassungen der Länder verankert. Sie lehnen sich an die Deklaration der Menschenrechte von 1948 an. Die Grundrechte sind unmittelbares Recht, d. h. sie sind vor dem Verfassungsgericht einklagbar.



5. Jhd. v. Chr.

### DAS PRINZIP DER DEMOKRATIE

ist sehr alt. Es entstand im alten Griechenland, als die athenischen Ruderer mitentscheiden wollten, wann und unter welchen Umständen Krieg geführt würde. Der Begriff „Demokratie“ meint in etwa „Volksherrschaft“ und setzt sich aus den altgriechischen Wörtern für Staatsvolk (demos) und Gewalt, Macht oder Herrschaft (kratos) zusammen.



### MENSCHENRECHTE

sind Rechte, die für alle Menschen gleichermaßen gelten, einfach weil sie Menschen sind. Sie sind weder einschränkbar noch teilbar. Die Idee der Menschenrechte geht auf die Ideen der Aufklärung zurück. Die „Deklaration der Menschenrechte“ wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen 1948 verabschiedet.

1948



### DEMOKRATISCHE WAHLEN

müssen allgemein frei, gleich, unmittelbar und geheim sein. Das bedeutet: Die Wähler/innen können sich ohne Einschränkung zwischen unterschiedlichen Kandidaten/innen oder politischen Parteien entscheiden. Alle Wahlberechtigten dürfen ihre Stimme abgeben und jede Stimme zählt gleich viel – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Sprache, Einkommen oder Besitz, Beruf, Stand oder Klasse, sexueller Identität, Bildungsniveau, Religion oder politischer Überzeugung. Und es geht niemanden etwas an, wer wofür gestimmt hat.

### GEWALTENTEILUNG UND UNABHÄNGIGE GERICHTE

sind Grundpfeiler einer Demokratie. Gewaltenteilung bedeutet die Trennung von Legislative (Parlament), Exekutive (Regierung) und Judikative (Gerichte): Das Parlament erlässt Gesetze, nach denen die Regierung regiert, wobei Parlament und Regierung durch unabhängige Gerichte kontrolliert werden. Alle drei Organe dürfen sich gegenseitig nicht beeinflussen. So sind Richter in einer Demokratie nicht weisungsgebunden, und sie sind der Exekutive und der Legislative keinerlei Rechenschaft schuldig.



## DEMOKRATISCHER ALLTAG

Demokratie braucht also die Fähigkeit und Bereitschaft aller Beteiligten, Kompromisse einzugehen. Trotzdem ist Demokratie auch Herrschaft, die der Mehrheit nämlich. Allerdings ist diese Herrschaft niemals schrankenlos. Denn auch wenn eine Minderheit überstimmt wird, ist die Mehrheit dazu verpflichtet, sich an allgemeine Regeln zu halten. Dazu gehört ganz zentral, die Rechte aller, auch die der Minderheit(en), zu achten. Wichtige demokratische Rechte sind beispielsweise die Persönlichkeitsrechte, allgemeine und gleiche Wahlen, die Versammlungs- und Pressefreiheit, aber auch so etwas wie die Koalitionsfreiheit, die es Arbeitnehmern/innen und Arbeitgebern erlaubt, Interessenvertretungsverbände – also Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände – zu gründen bzw. sich diesen anzuschließen. All das sind in erster Linie Schutzrechte gegenüber dem Staat und denen, die gerade an der Macht sind. Daran haben tendenziell alle ein Interesse. Denn nach den nächsten Wahlen könnte ja alles anders sein, und dann möchte man als Minderheit auch in den Genuss bestimmter Rechte kommen. Zugespitzt kann man daher sagen: Demokratie, das ist eine Regierungsform, in der sich zwar eine Mehrheit gegen eine Minderheit durchsetzt, die Minderheit dabei aber geschützt bleibt und nicht diskriminiert werden darf. Eine Regierungsform weiterhin, in der Interessengegensätze im Streit und im Konflikt ausgetragen werden, ohne dass wir uns darüber die Köpfe einschlagen.

All das ist nicht einfach und keine sonderlich harmonische Vorstellung der Gesellschaft. Demokratie ist damit aber auch nichts Statisches und selten harmonisch, sondern etwas, bei dem stets sehr viel auf dem Spiel steht: Macht und Einfluss. Und es ist etwas, das sich immer weiterentwickelt, etwas, das immer auch bedroht ist, wenn einzelne Gruppen, wie aktuell die Alternative für Deutschland (AfD), meinen, zentrale demokratische Errungenschaften wie beispielsweise die Unantastbarkeit der Würde des Menschen seien überflüssig.

Wer sich entscheidet, aktiv an diesem demokratischen Prozess mitzuarbeiten, weil er oder sie die eigenen Interessen durchsetzen will, merkt bald: Die Suche nach dem guten Kompromiss, das „Bohren dicker Bretter“ ist furchtbar anstrengend, oftmals unbeliebt, nervenaufreibend und allzu häufig unglaublich frustrierend. In jedem Fall ist es langwieriger und schwieriger, als mal kurz auf Facebook Dampf abzulassen. Gleichzeitig ermöglicht es uns diese gemeinsame Suche nach Kompromissen erst, neue Perspektiven kennenzulernen, an Herausforderungen zu wachsen und gemeinsam mit anderen tatsächlich Veränderungen auf den Weg zu bringen. Die Demokratie ist eben, wie Günter Grass es einmal gesagt hat, eine Schnecke, die keine Sprünge macht, die bei aller Kraftanstrengung nur langsam vorankommt. Zugleich ist aber dieser langsame Fortschritt dafür verantwortlich, dass wir heute das sind, was wir sind, als Gesellschaft, als Individuen. Bei Weitem nicht perfekt, aber immer mit der Möglichkeit, dass die Dinge ein kleines Stück nach vorne gehen, besser werden. Wenn wir das wollen. Und wenn wir das tun.

### ZUM WEITERLESEN

– Avishai Margalit: Über Kompromisse – und faule Kompromisse, aus dem Englischen von Michael Bischoff, Berlin 2011.

### KOALITIONSFREIHEIT

ist ein im Grundgesetz verankertes Recht der Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber, sich zusammenzuschließen, um die eigenen Interessen zu vertreten. Damit wird auch die Möglichkeit garantiert, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zu gründen und sich diesen anzuschließen. Eng mit diesem Recht hängt die Zusicherung der sogenannten Tarifautonomie zusammen. Damit wird garantiert, dass der Staat keinen Einfluss darauf nimmt, wie sich Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände auf Tarifverträge etc. einigen oder ob und wie lange gestreikt wird.





Eine Parteiendemokratie muss Gegensätze abbilden und darf nicht so tun, als könnten Wahlen nur noch in der Mitte gewonnen werden. Wenn es keine Auseinandersetzung mehr über die richtigen politischen Antworten gibt, kann das zu einer Parteienverdrossenheit führen.

# DEMOKRATIE IN DER KRISE?

ZWISCHEN POLITIKMÜDIGKEIT UND POPULISMUS

## Sachzwanglogik, neoliberale Globalisierung und erstarkender Rechtspopulismus stellen die Demokratien der Welt vor große Herausforderungen. Immer mehr Menschen wenden sich von der Politik ab, weil sie den Eindruck haben, dass sich durch Wahlen sowieso nichts verändern lässt. Kurz gesagt: Die Demokratie ist angezählt.

Die Krise der Demokratie ist kein deutsches oder europäisches Phänomen. Der konservative Stanford-Soziologe Larry Diamond spricht bereits von einer weltweiten „Demokratie-Rezession“, auch mit Blick auf nachdemokratische Regime wie in Russland und anderswo. Doch wie konnte es dazu kommen? Früher einmal war Demokratie identisch mit dem Versprechen von Gleichheit, Gerechtigkeit, Würde, Teilhabe. Heute sitzt selbst in den USA, diesem stolzen Land der Demokratie, inzwischen ein Rechtspopulist im Weißen Haus. Und in Deutschland schauen viele mit berechtigter Sorge auf die Wahlergebnisse der Alternative für Deutschland (AfD). Klar ist zumindest eines: Die Krise der Demokratie wird nicht einfach von heute auf morgen wieder verschwinden – ebenso wenig wie der Rechtspopulismus, der sich gerade als so etwas wie das Fieberthermometer der Demokratie erweist. Darauf sollten wir uns einstellen. Und sicher ist auch: Das Erstarken autoritärer Regime weltweit und der Aufstieg des Rechtspopulismus sind keine Zufälle, sondern haben wesentlich mit der Demokratie selbst zu tun.

### FRUST UND OHNMACHT DER POLITIK

Nun könnte man einwenden, dass gerade der Aufstieg des Rechtspopulismus samt den dazugehörigen scharfen Debatten doch eher von einer lebendigen Demokratie zeuge als von deren Krise. Hier lohnt es sich, näher hinzuschauen. Denn ob nun Geert Wilders „Partij voor de Vrijheid“ in den Niederlanden, die österreichische FPÖ, die AfD in Deutschland oder der französische Front National: Den Parteien ist gemein, dass sie nicht nur neurechte oder konservative Inhalte vertreten, sondern es sich zum Ziel gemacht haben, die gesamte Politik umzukrempeln. Auf die Rechte von Minderheiten, insbesondere von Migranten/innen, geben sie nichts, sie verunglimpfen ihre politischen Gegner/innen am laufenden Band, und demokratische Abläufe und Institutionen sind ihnen nur dann wichtig, wenn sie der eigenen Machtdurchsetzung dienen.

Schaut man etwa nach Deutschland, stellt sich die Frage, warum eine Partei wie die AfD, die einfache Lösungen für ziemlich komplexe gesellschaftliche Probleme anbietet, auf nationalistische und rassistische Töne setzt und in Sachen Familienpolitik für eine direkte Rolle rückwärts steht, auf einmal so beliebt ist.

Eine beliebte Antwort lautet: Bei den Rechtspopulisten handle es sich um Demagogen und Rattenfänger, die die Wähler/innen in die Irre führen würden. Dieses Argument muss sich aber vorwerfen lassen, selbst aus einer antidemokratischen Ecke zu kommen, denn es tut so, als seien die Wähler/innen zu dumm, sich selbstständig eine politische Meinung zu bilden. Die Ursachen scheinen also tiefer zu liegen.

Eine andere Erklärung, die ebenso gern angeführt wird: Weil die Leute frustriert sind. Doch wovon? Vom „Sommer der Migration“, von TTIP, von den Eliten, vom schlechten Wetter? Von Dingen also, die sich, vom Wetter einmal abgesehen, ja nun doch durch Einmischung ändern ließen?

Der US-amerikanischen Politologin Wendy Brown zufolge liegt das Problem im Neoliberalismus begründet, der die Demokratie angreift und zerstört. Indem er deren Grundprinzipien durch die der Marktwirtschaft ersetzt. Und indem ganze Bevölkerungsschichten abgehängt werden – sowohl ökonomisch als auch politisch: „Nationen werden insgesamt immer reicher, aber innerhalb der einzelnen Gesellschaften wachsen die Unterschiede. Und durch den Abbau des Wohlfahrtsstaats wird es zunehmend unmöglich, mit einem Arbeitgeber den Lebensunterhalt zu bestreiten oder eine ausreichende Grundsicherung im Alter zu genießen. Solche neoliberalen Entwicklungen haben weitreichende Folgen: Die Idee einer politischen Demokratie, welche Freiheit nicht nur als Wohlstand und Wettbewerb versteht, sondern auch als Teilhabe, verfängt nicht mehr.“



## POLITIKMÜDIGKEIT UND POSTDEMOKRATIE?

Der englische Politologe Colin Crouch analysiert die Ursachen der Demokratiekrise und kommt dabei zu folgenden Ergebnissen:

1. Die Wirtschaft heute ist global organisiert, die Demokratien funktionieren aber nur im nationalstaatlichen Rahmen. Daraus folgt für ihn, dass die globale Wirtschaft zwar stets Auswirkungen auf die Nationalstaaten hat, umgekehrt die einzelnen Staaten aber nur eingeschränkten Einfluss auf den transnationalen Rahmen haben. Dies liegt unter anderem daran, dass mächtige Akteure/innen aus der Wirtschaft eine Drohkulisse durch Verlagerungen von Standorten aufbauen oder mit Investitionsentscheidungen strategisch Staaten gegeneinander ausspielen. Diese Drohkulisse, ob nun gefolgt von Taten oder nicht, wirkt leider auf viele Politiker/innen und Parteien. Dieser Trend geht einher mit Unzufriedenheit, Ohnmacht und Ängsten bei den Wählern/innen sowie mit einem realen Handlungsverlust der nationalen Regierungen.
2. Zugleich gibt es eine zunehmende Zahl prekär Beschäftigter, die durch die etablierten Parteien nicht mehr repräsentiert werden. Diese sozioökonomisch schwachen Gruppen sind für Crouch unfähig, für sich selbst eine eigene politische Agenda zu definieren.
3. Da die Regierenden der Nationalstaaten immer stärker mit den Interessen der transnational aufgestellten Unternehmern verbunden sind und zugleich der Einfluss schwacher ökonomischer Gruppen erschwert wird, bilden die politischen Regierungen einen Großteil der politischen Interessen der Bevölkerung nicht mehr ab.
4. Wahlen verkommen so nach Crouch zu einem reinen Spektakel ohne signifikante Auswirkungen auf und Einwirkungen durch weite Teile der Bevölkerung. Dies geht oft einher mit dem Verfall von politischer Kommunikation, wie seichte TV-Duelle oder anspruchslose Abendprogramme zeigen. Durch die zunehmende Konzentration von Medienkonzernen in den Händen weniger wird dieser Trend noch verschärft.

Crouchs düsteres Fazit: Im Zeichen von Globalisierung und Neoliberalismus droht eine „Postdemokratie“. Diese ist für ihn dadurch gekennzeichnet, dass die Regierenden ihre Politik im Wettlauf mit der Globalisierung als alternativlos vermitteln bzw. vermitteln müssen. Denn nach Crouch wird der Druck auf dem Weltmarkt irgendwann so groß, dass die Regierenden keine andere Wahl mehr haben, als die besten Möglichkeiten für die kapitalistische Verwertung bereitzustellen, um sich gegen die anderen Staaten durchzusetzen. Daraus entsteht eine Abwärtsspirale in Sachen Entgelte und Arbeitsbedingungen. Die demokratischen Institutionen sind dann zwar noch, so Crouch, intakt und mit Leben gefüllt, aber angesichts der Übermacht der Globalisierung gleichen sie einem stumpfen Schwert. Die Regierenden wie auch die Wähler/innen merken das sehr wohl und wenden sich allmählich von der Mitgestaltung der Politik ab.

Das bringt Crouch zufolge die Demokratie in Gefahr, weil tatsächlich die Macht der Wähler/innen mehr und mehr eingeschränkt wird. Ob man nun Crouch folgt oder nicht, festzuhalten ist: Wenn bei den Menschen der Eindruck entsteht, dass die eigene Stimme nichts verändern kann, erzeugt das tatsächlich Entfremdung, Wut, Ohnmacht. Der Soziologe Diamond macht deutlich, was auf dem Spiel steht: „Demokratien scheitern, wenn das Volk den Glauben an sie verliert“. Dies ist umso bitterer, als die Mär der Unregierbarkeit nicht stimmt. Das TINA-Prinzip (There is no alternative), welches die neoliberale Ideologie seit mehreren Jahrzehnten zum Mantra aller Lebensbereiche erkoren hat, gilt nur so lange, bis Menschen aktiv widersprechen und andere politische Programme durchsetzen.



**COLIN CROUCH**

Colin Crouch ist ein britischer Politikwissenschaftler und Soziologe. Mit seiner Arbeit zur Postdemokratie wurde er international bekannt.



**WENDY BROWN**

Wendy Brown ist eine amerikanische Politologin. Sie arbeitet im Bereich der Politischen Theorie, der Kritischen Theorie sowie der Geschlechterforschung.



Das TINA-Prinzip (There is no alternative), welches die neoliberale Ideologie seit mehreren Jahrzehnten zum Mantra aller Lebensbereiche erkoren hat, gilt nur so lange, bis Menschen aktiv widersprechen und andere politische Programme durchsetzen.



## EUROPA, TTIP UND DIE GLOBALISIERUNG

Am Beispiel der Europäisierung lässt sich zeigen, wie eine solche „postdemokratische“ Stimmung entstehen kann. Die europäische Einigung ist ein komplexer Prozess, der schon vor über sechzig Jahren mit den Römischen Verträgen seinen Ausgang genommen hat. Heute gibt es eine gemeinsame Währung, gemeinsame europäische Institutionen wie den Europäischen Rat, das Europäische Parlament, das Europäische Verfassungsgericht, die Europäische Zentralbank und vieles mehr. In diesem Prozess haben die einzelnen Staaten bestimmte Teile der nationalen Souveränität an die EU abgetreten – vor allem in der Geldpolitik im Rahmen der Euro-Einführung. Das brachte für alle Länder viele Vorteile, und die gewachsene Rolle Europas in der Welt hat ganz wesentlich mit dem europäischen Einigungsprozess zu tun. Zugleich aber empfinden viele Menschen die europäische Einigung als unheimlich, bürokratisch und anonym. „Rom ist weit“, lautet ein Sprichwort. Das gilt auch für Brüssel. Viele der Vorschriften über Bananengrößen und andere undurchsichtige Entscheidungsprozesse sind für die einzelnen Menschen kaum nachvollziehbar. Bis heute hat zudem das europäische Parlament keine eigene Gesetzesinitiative und wählt auch keine Regierungskoalition, die Entscheidungsbefugnisse hätte. Das aber hindert diese wichtige Institution daran, ein wirkliches Parlament mit Machtfülle zu sein.

Genau hier liegt ein zentraler Grund für die mangelnde Europabegeisterung. Dazu kommt: Europa ist noch längst nicht im Alltag der Europäer/innen angekommen. Denn die Europäische Union prägt heute im Wesentlichen das, womit sie vor sechzig Jahren begann: die Finanz- und die Wirtschaftspolitik. So erscheint Europa vielen Menschen vor allem als eins – ein liberales Projekt. Und das nicht ganz zu Unrecht. Denn im Mittelpunkt des politischen und wirtschaftlichen Handelns auf europäischer Ebene stehen tatsächlich zumeist vorrangig das bessere Zusammenwachsen der Wirtschaft, eine gemeinsame Geldpolitik und die Angleichung von wirtschaftlichen Rechtsstandards. Das beste Beispiel ist die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Europäischen Union: es gibt sie bis heute so gut wie nicht. Es gibt nicht einmal einen europäischen Arbeitsgerichtshof. Strenggenommen ist die Europäische Union somit in vielen Bereichen keine Postdemokratie, in der die Demokratie ausgehöhlt wird, sondern eine Prädemokratie, in der viele Felder noch nie demokratisch organisiert gewesen sind.

Damit ist auch klar, was geschehen muss, wenn Europa im Leben der Menschen ankommen soll: Europa muss demokratisch und sozial erneuert sowie modernisiert werden. Das Europäische Parlament muss endlich mehr Rechte bekommen, muss eigene Gesetze verabschieden können und braucht einen größeren Haushalt. Nur so kann das Demokratiedefizit in Sachen Europa behoben werden. Damit das gelingt, braucht es eine europäische Öffentlichkeit, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Das beginnt im (vor-)schulischen Bereich und darf im Erwerbsleben nicht enden. Sprach- und Kulturförderung, mehr Bürger/innenbeteiligung, weitreichendere europäische betriebliche Mitbestimmung und breit angelegte europäische Austauschprogramme sind nur einige Aspekte, an denen die Politik anknüpfen muss.



**LARRY DIAMOND**

Larry Jay Diamond ist ein amerikanischer Soziologe und Politikwissenschaftler mit dem Schwerpunkt Demokratieforschung.

## ENDSTATION „POLITISCHE MITTE“

Ein anderes Beispiel für undemokratische Tendenzen in der Gegenwart sind die Verhandlungen um das transatlantische Handelsabkommen TTIP 2015 und 2016. Nach und nach kamen Einzelheiten der Verhandlungsinhalte zutage: So sollte etwa der europäische Verbraucherschutz erheblich gelockert werden. Die beteiligten Länder sollten bei den europäischen Gerichten keine Möglichkeiten haben, gegen das Vertragswerk zu klagen. Konflikte sollten vielmehr bei internationalen, nicht demokratisch legitimierten „Schiedsgerichten“ gelöst werden, um die Unternehmen und Konzerne vor „ungerechtfertigten“ Klagen zu schützen. Zudem fanden die Verhandlungen im Geheimen statt, sodass die Öffentlichkeit nur vage über den Fortgang der Gespräche informiert wurde. Selbst Mitglieder des Bundestages durften die Verhandlungspapiere anfangs nur einsehen, nicht aber darüber sprechen. Mit TTIP wäre an einem wichtigen Punkt der Wirtschaftspolitik genau das wahr geworden, was „Postdemokratie“ nach Crouch ausmacht: Die demokratischen Institutionen bestehen zwar weiter, sie können aber nicht mehr wirklich etwas entscheiden, weil die neoliberale Sachzwanglogik die Handlungen diktiert. Doch gegen all diese undemokratischen Pläne regte sich in Europa erheblicher Widerstand. In Deutschland gingen 2016 schließlich mehrere Hunderttausend Menschen auf die Straße, um gegen TTIP zu protestieren. TTIP ist zugleich auch ein Paradebeispiel dafür, dass die Dinge eben nicht vom Himmel fallen.

Die ökonomische Globalisierung hat die Machtverhältnisse zugunsten der Unternehmen und zulasten der Arbeitnehmer/innen nachhaltig verändert. Zum Beispiel, indem die Vereinheitlichung von Produktionsprozessen es möglich macht, Standorte in verschiedenen Ländern immer einfacher gegeneinander auszuspielen, um Löhne und Sozialleistungen zu drücken und erreichte Arbeitsstandards zu schleifen. Damit geht immer die Drohung mit der Verlagerung von Teilen der Produktion bis hin zur Schließung ganzer Standorte einher. Aber diese Entwicklung ist keine Naturgewalt. Sondern von Menschen gemacht und eine – zugegeben komplizierte – Summe aus einzelnen politischen Entscheidungen. Damit ist aber auch klar: diese Prozesse sind beeinfluss- und gestaltbar. Deswegen ist es wichtig, dass Menschen sich für Themen stark machen. Wir als Gewerkschaften setzen auf eine faire Globalisierung, die allen Menschen mehr Vorteile und Wohlstand bringt und die Umwelt der arbeitenden Menschen wie auch die Natur nicht außer Acht lässt. Es ist das Wesen der Demokratie, dass Politiker/innen an solche Sachverhalte erinnert werden müssen. Genau dies ist zum Thema TTIP auf beiden Seiten des Atlantiks durch breite zivilgesellschaftliche Bündnisse gesehen.

Der Eindruck, in politischen Sachzwanglogiken festzustecken, wurde in den letzten Jahren durch ein weiteres grundlegendes Problem verschärft: Die Entwicklung der Parteienlandschaft von allen Seiten hin zur „politischen Mitte“. Denn dadurch, dass mit der CDU/CSU und der SPD die beiden großen Parteien beanspruchen, die „politische Mitte“ repräsentieren zu wollen, haben sie in vielen Punkten ihre politische Kontur verloren. So näherte sich die SPD mit der Agenda 2010 Arbeitgeberpositionen an, nicht zuletzt auch, um neue Wählerkreise zu erschließen. Umgekehrt hat die CDU/CSU sich über das letzte Vierteljahrhundert liberalisiert. Sie gab konservative Kernpositionen wie den Bezug auf die bürgerliche Kleinfamilie und eine deutsche Leitkultur zwar nicht offiziell, so doch de facto auf. Heute ist daher oft überhaupt nicht mehr klar, für welche Interessen sich welche der Parteien grundlegend einsetzt. Soziale Gerechtigkeit? Chancengleichheit? Verantwortung für den Klimawandel? Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Investitionspolitik für den Industriestandort Deutschland? Alle diese Positionen könnte man hier wie dort verorten, und sie tauchen als abgeschliffene Worthülsen selbstverständlich in allen Wahlprogrammen der großen „Volksparteien“ standardmäßig auf. Nur lässt sich daran überhaupt nicht mehr ausmachen, wo der inhaltliche Unterschied besteht. Diese Entwicklung ist gefährlich. Sie erweckt den Eindruck, dass es kaum noch Großkonflikte und Interessensgegensätze gibt. Das aber ist falsch, denn es gibt sie. Eine Parteien-demokratie muss diese Gegensätze auch abbilden und darf nicht so tun, als könnten Wahlen nur noch in der Mitte gewonnen werden. Es ist wahr, dass Parteien in einer komplexer werdenden Welt immer mehr Themen abdecken müssen. Wenn dies aber dazu führt, dass es keine Auseinandersetzung mehr zwischen den Parteien über die richtigen politischen Antworten und Weichenstellungen gibt, kann das früher oder später zu einer Parteienverdrossenheit führen. Die Gesellschaft ist plural und hat unterschiedliche Bedürfnisse. Politik muss das bejahen und wieder stärker auf die Mehrheit der Menschen abzielen, anstatt um eine Mitte zu werben, die es so gar nicht gibt.

Die ökonomische Globalisierung hat die Machtverhältnisse zugunsten der Unternehmen und zulasten der Arbeitnehmer/innen nachhaltig verändert. Aber diese Entwicklung ist keine Naturgewalt, sondern von Menschen gemacht. Und damit beeinfluss- und gestaltbar.





Der Bezug auf den Volkswillen ist bei Rechtspopulisten sehr beliebt, um die bestehenden demokratischen Prozesse zu delegitimieren – und dennoch nur ein Taschenspielertrick.

### DER TRUMP-EFFEKT

Nimmt man all das zusammen, den Bedeutungsverlust nationalstaatlicher Politik angesichts der Globalisierung und auch der Europäisierung sowie das Phänomen der Uneindeutigkeit der „politischen Mitte“, wird verständlich, warum es zu so etwas wie dem „Trump-Effekt“ kommen kann: Wenn es scheinbar keine Interessengegensätze mehr gibt, die herrschende Politik sich als alternativlos präsentiert und tatsächlich die globale Wirtschaft wesentlich den nationalen Rahmen setzt, kann Politik schnell nur noch als die Verwaltung des Bestehenden erscheinen. Dies wird dann oft mit dem Schlagwort „politisches Establishment“ betitelt. Rechtspopulisten wie Trump, die AfD oder der Front National setzen genau da an und versprechen, alles radikal anders zu machen. Sie grenzen sich lautstark vom „Establishment“ ab, indem sie radikale Botschaften formulieren.

De facto aber sind auch sie Teil des „Establishments“ und führen diese Politik fort. Flankiert wird das Ganze durch ein Programm der nationalen Abschottung, durch Rassismus und die Verachtung demokratischer Prozesse, die angeblich nur „denen da oben“ dienen, um sich selber in die Tasche zu wirtschaften. Sie greifen damit geschickt das Gefühl des Frusts vieler Menschen über die genannten Missstände auf. Und präsentieren sich als diejenigen, und zwar als die Einzigen, die im Namen „des Volkes“ agieren würden.

Der Bezug auf den Volkswillen ist bei Rechtspopulisten sehr beliebt, um die bestehenden demokratischen Prozesse zu delegitimieren – und dennoch nur ein Taschenspielertrick. Denn was immer man auch von den großen Volksparteien hält, legitimiert sind sie durchaus. Nämlich durch Wahlen, in den Kommunen, auf Landes-, Bundes- und Europaebene. Man sollte AfD-Anhänger daher von Zeit zu Zeit daran erinnern, dass an der letzten Bundestagswahl immerhin über siebzig Prozent der Wahlberechtigten teilgenommen haben. Wer sich daher an Wahlen vorbei auf einen wie auch immer gestalteten Volkswillen bezieht, verfolgt meistens eigene Ziele, die dann dem „Volk“ untergeschoben werden. Denn woher soll das Wissen um den Volkswillen kommen, wenn nicht aus Wahlen, an denen möglichst viele teilgenommen haben?



# WÄHLEN GEHEN? JA, DENN DEINE STIMME ZÄHLT.

„Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt“, heißt es bei Bertolt Brecht in einem Gedicht, „Und lässt andere kämpfen für seine Sache/Der muss sich vorsehen: denn/Wer den Kampf nicht geteilt hat/Der wird teilen die Niederlage“. Als Brecht das 1932 schrieb, stand die Demokratie in Europa am Abgrund. Autoritäre oder faschistische Regime waren im Aufstieg. Ein Jahr später wurde Adolf Hitler von Reichspräsident Paul von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Die Situation, die Brecht beschwört, ist die einer existenziellen Gefahr: Es geht um Tod oder Leben. Doch auch wenn wir für die heutige Bundesrepublik nicht sagen können, dass es in der politischen Auseinandersetzung „um alles oder nichts“ geht, hat Brechts Gedicht eine erstaunliche Aktualität. Denn auch jetzt steht einiges auf dem Spiel. Mehr, als wir oft denken. Das gilt insbesondere für die Wahlen auf kommunaler, Landes-, Bundes- und Europaebene. Dort entscheidet sich sehr wohl, wohin die Reise geht: Setzen wir weiterhin auf ein so starkes Wachstum, das die Grundlagen späterer Generationen empfindlich beeinträchtigt? Wollen wir eine soziale Politik, die auch den ärmeren Schichten wirkliche Chancengleichheit ermöglicht? Lassen wir es zu, dass Rechtspopulisten/innen mit ihren menschenfeindlichen Positionen das politische Klima bestimmen?

Gern erklären Wahlverweigerer/innen, mit ihrer Nicht-Wahl Protest zeigen zu wollen. Dann sollte aber die Nachfrage erlaubt sein, wofür oder wogegen sich dieser Protest denn richtet. Denn die Verweigerung allein erklärt rein gar nichts. Nicht wählen zu gehen kann nämlich vieles heißen. Ich bin zufrieden damit, wie es ist, zum Beispiel. Oder aber: Ich lehne alles ab, was ist. Oder: Es gibt keine/n, der/die mich vertreten kann. Oder: Ich war zu faul, um am Sonntag von meiner Couch aufzustehen. Wer nicht wählen geht, überlässt nicht nur den anderen die Entscheidung über die eigene Zukunft. Sondern auch die Interpretation der eigenen Motive dafür.

Dazu kommt: Wer aus Protest nicht wählen geht, muss sich auch fragen lassen, wem er oder sie eigentlich damit zu schaden gedenkt. Klar ist nämlich – auf jeden Fall keiner Partei, die zur Wahl steht. Denn nicht abgegebene Stimmen zählen nicht als Gegenstimmen, sie zählen einfach gar nicht. Die Anzahl der Sitze im Bundestag beispielsweise errechnet sich anhand der Anzahl der abgegebenen gültigen Stimmen. Das Gleiche gilt für die Rückerstattung von Wahlkampfkosten. Wenn man also seinen Protest gegen eine bestimmte Partei ausdrücken will, ist es sinnvoller, wählen zu gehen und sein Kreuz bei einer anderen Partei zu machen, anstatt zu Hause sitzen zu bleiben und zu schimpfen.

Viele, die nicht wählen gehen, glauben, dass es auf ihre kleine Stimme nicht ankäme. Das aber ist ein großer Irrtum. Es waren in der Geschichte mehr als einmal nur ein paar Stimmen, die am Ende den Ausschlag gaben. Eines der jüngeren Beispiele dafür: Die erste Stichwahl zur Wahl des Bundespräsidenten in Österreich im Frühjahr 2016. Zwei Kandidaten waren noch im Rennen. Der parteilose Alexander Van der Bellen und der Kandidat der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Norbert Hofer. Die Wahlbeteiligung lag bei 72,7 Prozent und schlussendlich schlug Van der Bellen Hofer mit 50,3 zu 49,7 Prozent. Ganze 31.026 Wähler/innenstimmen Unterschied – eines der knappsten Ergebnisse der österreichischen Geschichte. Entscheidend waren am Ende die Briefwähler/innen. Auch wenn die Wahlen anschließend noch einmal wiederholt werden mussten (am faktischen Ergebnis änderte sich nichts), zeigt dieses Beispiel sehr deutlich, dass jede Stimme zählt.

Wahlbriefumschlag



Und dann gibt es natürlich auch noch ein gewichtiges ethisches Argument: Das Wahlrecht ist nicht vom Himmel gefallen. Es wurde erkämpft, über viele Jahrzehnte hinweg. Frauen beispielsweise haben es in Deutschland erst seit Ende 1918 und in der Schweiz unglaublicherweise erst seit 1971. Menschen ohne deutschen Pass dürfen bis heute weder an Land- noch an Bundestagswahlen teilnehmen – unabhängig davon, wie lange sie bereits in Deutschland leben, ob sie hier arbeiten, Steuern zahlen und auch vorhaben, dies weiterhin zu tun. Auf betrieblicher Ebene waren es allen voran die Gewerkschaften, die seit den 1960er Jahren dafür eintraten, dass die ausländischen Kolleginnen und Kollegen die gleichen Mitbestimmungsrechte haben wie die deutschen. Mit Erfolg: 1972 wurde das Betriebsverfassungsgesetz reformiert. Seither dürfen auch nicht-deutsche Beschäftigte ihre betrieblichen Interessenvertreter/innen wählen oder sich selbst dafür zur Wahl aufstellen lassen. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Demokratie im Arbeitsleben.

Sicher, Demokratie besteht, wie Barack Obama gesagt hat, aus mehr als nur aus Wahlen. Und sie hört auch zwischen den Wahlen nicht auf. Man gibt seine Stimme nicht ab, um dann vier Jahre lang mundtot zu sein. Im Grunde gibt man in einer Demokratie seine Stimme nie ab. Man macht ein Kreuzchen, aber man behält seine Stimme. Und die nutzt man am besten immer. Wenn es sein muss eben auch, um denen Feuer unterm Hintern zu machen, die man selbst gewählt hat. So funktioniert Demokratie.

**Wer zu Hause bleibt, hat schon verloren. Denn mit ihm oder ihr wird gemacht werden, was andere wollen.**



## DIE NEUEN DEMAGOGEN/INNEN

Der Anspruch der Populisten, im Namen des Volkes zu sprechen, ist daher in jeder Hinsicht unmöglich. Das Problem geht aber noch weiter. Denn wer wie die AfD, vom „Volkswillen“ spricht, hat eine ziemlich feste Vorstellung vom „Volk“. Ein Blick in das Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl lässt dann auch keine Fragen offen, wer dazugehört: Für die AfD ist das „deutsche Volk“ eine einheitliche, eine homogene Masse, die bestimmte Tugenden und eine bestimmte Kultur pflegt, „deutscher Abstammung“. Damit ist auch klar, wer draußen zu bleiben hat: Ausländer und Muslime vor allem, aber ebenso emanzipierte Frauen, Schwule und Lesben sowie das ganze „versifft links-grüne 68er Deutschland“, wie sich der AfD-Politiker Alexander Gauland einmal äußerte.

Sollte die AfD tatsächlich einmal Regierungspartei werden, würde sie versuchen, den „Volkswillen“ durchzusetzen. Das aber ist dann eine ziemlich exklusive Angelegenheit, denn für all diejenigen, die in den Augen der AfD nicht zum „Volk“ gehören, wird dann auch keine Politik mehr gemacht, sondern gegen sie. Demokratische Politik ist aber für alle in der Bevölkerung da, nicht nur für eine exklusive Gruppe. Demokratischer Minderheitenschutz, die Gewaltenteilung, die demokratischen Rechte und Garantien, all das sind Dinge, die für die AfD nicht wichtig sind. Das gesellschaftliche Miteinander ist aber bedroht, wenn bestimmten Menschen oder Gruppen in der Demokratie grundlegende Rechte aberkannt werden. Und genau das macht die AfD.

## DEMOKRATIEVERTEIDIGUNG IM VORWÄRTSGANG

Klar ist: Die AfD reagiert – wie alle derzeitigen populistischen Bewegungen in Europa und anderswo – mit ihrer Politik auf bestimmte Krisensymptome der Demokratie. Sei es die Konturlosigkeit der großen Parteien, das Schwinden nationaler Souveränität im Zeichen von Europäisierung oder einer übermächtig wirkenden Globalisierung. Zurück zum Nationalstaat und zurück zu einer vermeintlich „übersichtlichen“, da homogenen Gesellschaft? Das sind die Antworten, die die Rechtspopulisten auf die drängenden Fragen der Gegenwart bereithalten. Das Streben nach einem Gesellschaftszustand, wie er einmal in der Vergangenheit vorherrschte, ist gleich doppelt gefährlich: Zum einen – und in allererster Linie – weil es sich um einen Zustand handelt, der rückwärtsgewandt, reaktionär und in keiner Weise wünschenswert ist. Zum anderen aber auch, weil ein Zurückdrehen der Uhr einfach nicht möglich ist. Menschen dies als reale Option vorzugaukeln, produziert Enttäuschungen und führt in der Folge zu noch heftigeren gesellschaftlichen Verwerfungen. Ein weiteres Abdriften nach rechts wäre nicht ausgeschlossen, sondern sogar wahrscheinlich.

Im Netz und auf der Straße macht seit einigen Monaten der Spruch die Runde: „Die AfD zu wählen ist ungefähr so wie im Club aus der Toilette zu trinken, wenn das Bier nicht schmeckt.“ Die Demokratie und eine offene und zugleich gerechte Gesellschaft wird man daher nicht dadurch erreichen, dass man Grundrechte einschränkt, Minderheiten stigmatisiert und sich angesichts einer sicherlich nicht gut eingerichteten Welt in die nationale Wagenburg zurückzieht. Denn das ändert nichts am schlechten Zustand und an der Vielzahl von Konflikten auf der Welt, sondern schürt nur Ignoranz und Kaltherzigkeit gegenüber Menschen, die nicht das Glück hatten, in Europa geboren zu sein.

## ZUM WEITERLESEN

- Giorgio Agamben, Alain Badiou, Wendy Brown u.a.: Demokratie? Eine Debatte, Berlin 2012.
- Colin Crouch: Postdemokratie, Berlin 2012.
- Jan-Werner Müller: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2015.
- Johannes Thumfart: Niedergang der Demokratie: Warum Populismus nicht die Ursache ist, in: Spiegel online (4. März 2017), online verfügbar unter: [www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/niedergang-von-demokratien-warum-populismus-nicht-die-ursache-ist-a-1136016.html](http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/niedergang-von-demokratien-warum-populismus-nicht-die-ursache-ist-a-1136016.html)



# RACISTS



# NOT WELCOME

Die Demokratie und eine offene und zugleich gerechte Gesellschaft wird man nicht dadurch erreichen, dass man Grundrechte einschränkt, Minderheiten stigmatisiert und sich in die nationale Wagenburg zurückzieht.

# INTEGRATION STATT AUSGRENZUNG

**MEHR TEILHABE MÖGLICH MACHEN**

**Die Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie ist Partizipation. Aber die ist gar nicht immer so einfach. Weil Hürden unterschiedlicher Art Menschen ausschließen. Ein Überblick – und was man dagegen machen kann.**



**A**lle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. So steht es in Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben. Das ist für uns so selbstverständlich, dass wir kaum darüber nachdenken. Beim näheren Hinsehen zeigt sich allerdings: das stimmt nicht immer. Denn es haben nicht alle Menschen die gleichen Rechte. Auch nicht hier in Deutschland. Zum Beispiel das Wahlrecht: Es gilt nur für deutsche Staatsbürger/innen. Zumindest bei den Landtags- und Bundestagswahlen. Bei den Kommunalwahlen dürfen immerhin auch EU-Bürger/innen mitwählen. Alle anderen sind ausgeschlossen. Das mag im Fall von Touristen/innen, oder für Studierende, die nur ein Auslandssemester hier verbringen, noch nachvollziehbar sein. Der Ausschluss betrifft aber auch Millionen Menschen, die schon lange in Deutschland arbeiten, Steuern zahlen und hier mit ihren Familien leben. Obwohl sie dauerhaft den Entscheidungen der Politik unterworfen sind, dürfen sie über diese nicht mitbestimmen. Zugespitzt: Es gibt in Deutschland eine faktische Trennung zwischen wahlberechtigtem Staatsvolk und der Wohnbevölkerung. Davon betroffen sind insgesamt knapp fünf Millionen Menschen. Ein solcher Ausschluss ist mit dem Grundgedanken einer modernen Demokratie nicht vereinbar. Wer Migranten/innen dauerhaft die politische Teilhabe verwehrt und damit signalisiert „Ihr gehört nicht dazu!“, verstößt gegen demokratische Prinzipien und gefährdet den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Sollte daher nicht verstärkt über ein zeitgemäßes Staatsangehörigkeitsrecht nachgedacht werden? Viele Migranten/innen entscheiden sich gegen eine Einbürgerung in Deutschland, weil sie dafür ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben müssten. Aber die Frage ist doch: Dürfen Menschen nur eine Staatsbürger/innenschaft besitzen? Wäre es nicht viel lebensnäher, Einbürgerungen unter anderem dadurch zu erleichtern, dass Mehrstaatigkeit generell ermöglicht wird? Angesichts der Realitäten des 21. Jahrhunderts ein großer Schritt nach vorn in Sachen Demokratie.

### SOZIALE SPALTUNG ...

Doch auch die Tatsache, dass immerhin alle mit einem deutschen Pass wählen dürfen, heißt nicht, dass sie dieses Recht auch wahrnehmen. Bei der letzten Bundestagswahl gaben 71,5 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, 28,5 Prozent hingegen nicht. Nun gut, kann man einwenden, es ist eben auch eine demokratische Freiheit, nicht wählen zu gehen. Das stimmt zwar, doch bei einem Blick hinter die Kulissen zeigt sich ein anderes Bild. In den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik lag die Wahlbeteiligung regelmäßig bei mehr als 85 Prozent. Im Zuge der 1990er Jahre brach dann die Beteiligung immer weiter ein.

Das hat wesentlich mit der sozialen Spaltung in Deutschland zu tun. Denn der Rückzug von den Landtags- und Bundestagswahlen ist auch damit zu erklären, dass gerade viele von Erwerbslosigkeit und Prekarität Betroffene sowie insbesondere viele mit Abstiegsängsten sich politisch nicht mehr repräsentiert fühlen. Nach und nach ist bei vielen dieser Wähler/innen das Gefühl geschwunden, mit der eigenen Stimme Einfluss nehmen zu können. Das kann zu Resignation und Abwendung von der Politik führen. Und diese Frustration wiederum kann auch andere, rechtspopulistische Wege einschlagen, befeuert von der Wut auf das politische „Establishment“, das nicht mehr auf die Nöte der Bevölkerung bzw. des „Volkes“ hört.

Das Resultat ist eine gefährliche Unwucht in der Demokratie. Die Soziologin Petra Böhnke kommt diesbezüglich zu einem ernüchternden Fazit: Einkommensschwache Schichten beteiligen sich im Vergleich viel weniger, und bildungs- und einkommensstarke Bevölkerungsschichten am häufigsten. Das bedeutet, dass sich bei Wahlen oft die Interessen der Wohlhabenderen und Gebildeteren durchsetzen, ganz einfach weil diese wählen gehen und viele andere eben nicht. Berücksichtigt man Aspekte wie Bildung, Kultur und das soziale Umfeld, werden einkommensschwache Schichten noch weiter abgehängt.

So entsteht eine gefährliche Abwärtsspirale. Denn wenn die wohlhabenderen Schichten tatsächlich immer stärker ihre Interessen durchsetzen als die unteren Schichten, ist die Resignation zumindest in Teilen verständlich. Mehr noch: „Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse entziehen denjenigen, die beständig von der Sorge um die Bewältigung des nächsten Tages angetrieben werden, allmählich die Energie, die notwendig wäre, um sich zivilgesellschaftlich, politisch oder gewerkschaftlich zu engagieren.“ (Klaus Dörre) – Wer gegen diesen Abwärtstrend etwas machen will, sollte es nicht bei dem Ratschlag belassen, dass es in den 1960er Jahren zum Arbeiterstolz gehörte, zur Wahl zu gehen. Vielmehr bedarf es einer neuen Politik, die die soziale Spaltung der Gesellschaft wieder auf die Tagesordnung setzt und Lösungsvorschläge umsetzt. Nur so wird es heutigen Nichtwählern/innen, die Abstiegsängste haben oder bereits real in prekären Verhältnissen leben, sinnvoll erscheinen, Politik wieder als Feld ihrer Interessenvertretung und demokratische Partizipation als Chance zu betrachten.



## ... UND BILDUNGSUNTERSCHIEDE

Politik ist allerdings weitaus mehr als nur das formale Recht, an Wahlen teilzunehmen. Echte Partizipation und Gestaltung der Demokratie setzt auch ein Mindestmaß an politischem Bewusstsein und politischer Bildung voraus. Beides jedoch fällt nicht vom Himmel, sondern muss immer wieder neu erlernt werden. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2013 zeigt dabei vor allem eines: An den Haupt- und Realschulen und auch an vielen Berufsschulen wird politische Bildung zu wenig gelehrt, sodass nach dem Schulabschluss oft ein nur mangelhaftes Verständnis politischer Prozesse besteht. Und das, obwohl der Politikunterricht für viele überhaupt der einzige Ort ist, an dem über Politik diskutiert wird. Gerade an den Haupt- und Realschulen sowie den Berufsschulen müsste daher angesetzt werden, um politisches Bewusstsein für die eigene Situation und die Wichtigkeit der Partizipation an gesellschaftlicher Meinungsbildung zu wecken.

Was passiert, wenn höhere soziale Schichten ihre Interessen gegen niedrigere soziale Schichten durchsetzen, zeigt das Beispiel des Hamburger Volksentscheids zur Schulreform. Besonders interessant: Dabei ging es um die Schulbildung. Der damalige schwarz-grüne Hamburger Senat plante 2008 unter anderem die Schaffung einer sogenannten Stadtteilschule, in der Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien zusammengelegt werden sollten. Außerdem war die Erweiterung der Grundschulzeit von vier Jahren auf sechs Jahre vorgesehen. Diese Schulreform sollte die Durchlässigkeit des Schulsystems gerade für Kinder aus unteren sozialen Schichten erhöhen. Ein Volksentscheid machte dem 2010 einen Strich durch die Rechnung und ließ wesentliche Teile der Schulreform scheitern. Das Ergebnis war knapp: 54,5 Prozent stimmten gegen die Reform. Interessant ist dabei insbesondere ein Blick auf die Wahlbeteiligung. Die lag nämlich nur bei 39 Prozent. Das Volksbegehren war durch eine Initiative vor allem wohlhabender Hamburger Bürger/innen zustande gekommen, und die gleiche Klientel beteiligte sich auch vorrangig an den Wahlen. Darüber hinaus hatten viele andere Menschen von dem Volksentscheid gar nichts mitbekommen. Und nicht wenige dachten wohl auch, dass die Gegner/innen der Schulreform sowieso nicht durchkommen würden. Ein Irrtum mit Folgen. Der damalige CDU-Bürgermeister Ole von Beust kommentierte das Ergebnis des Volksentscheids verbittert, „dass die Wohlhabenden sich nur um ihre Interessen kümmern und diejenigen, die in einer schwierigen Situation leben, nicht einmal mehr die Hoffnung oder die Chance haben, dass es besser werden kann“. Die Initiatoren des Volksbegehrens bezeichnete er als „Elite mit mangelnder Verantwortungsbereitschaft“.

## WAS TUN?

Fragt sich nun: Was hilft gegen solche undemokratischen Tendenzen? Klar ist: Mit Appellen allein ist es nicht getan, ebenso wenig mit dem wohlfeilen Verweis darauf, dass die Gleichheit ja formal auf dem Papier bestehe und sich jede/r beteiligen könne, der/die wolle. Zum einen müsste die formale Gleichheit für viele hier lebende Menschen ohne deutschen Pass erst hergestellt werden, etwa durch die Senkung der Hürden bei den Kommunalwahlen oder durch eine veränderte Einbürgerungspolitik. Ebenso müsste im Bereich der politischen Bildung in den (Berufs-)Schulen viel mehr getan werden. Wer mündige Staatsbürger/innen möchte, muss auch dafür sorgen, dass Bewusstsein für die Relevanz politischer Beteiligung nicht nur zufällig durch Familie, Freunde oder Milieu entsteht. Und eine Herausbildung aktiv fördern. Das geht aber nur durch einen Ausbau der politischen Bildung in den Lehrplänen und in außerschulischen Angeboten – eine zentrale Verantwortung eines demokratischen Gemeinwesens. Doch es nützt die beste politische Bildung nichts, wenn sich Teile der Bevölkerung aus mehr oder weniger nachvollziehbaren Gründen von der Politik zurückziehen, weil bei ihnen der Eindruck entsteht, dass ihre Interessen sowieso kein Gehör finden. Oder sie permanent mit der Bewältigung der eigenen Arbeits- und Lebenssituation beschäftigt sind, sodass kaum Zeit für die Beschäftigung mit gesellschaftlichen Fragen bleibt. „Politisierung“ bzw. Partizipation darf keine Einbahnstraße sein.

Wer mündige Staatsbürger/innen möchte, muss auch dafür sorgen, dass Bewusstsein für die Relevanz politischer Beteiligung nicht nur zufällig durch Familie, Freunde oder Milieu entsteht. Und eine Herausbildung aktiv fördern.





### INTEGRATION ERLEICHTERN

Mehr als jedes fünfte Mitglied der IG Metall hat einen Migrationshintergrund – das sind knapp 500.000 Menschen. 26,9 Prozent von ihnen haben keinen deutschen Pass. In unseren betrieblichen Interessenvertretungen sind Migrantinnen und Migranten sogar überdurchschnittlich gut vertreten. 32 Prozent der IG Metall-Betriebsräte/-innen und 37 Prozent der IG Metall-Vertrauensleute verfügen über eine familiäre Einwanderungsgeschichte. Möglich wurde das unter anderem durch die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) im Jahr 1972. Seither ist gemäß BetrVG bei den Wahlen zur betrieblichen Interessenvertretung wahlberechtigt (aktiv und passiv), wer im Betrieb beschäftigt und volljährig ist – völlig unabhängig von Herkunft und Nationalität. Diese gleichberechtigte Partizipation auf betrieblicher Ebene kann und sollte als Vorbild für die gesamtgesellschaftliche Teilhabe dienen.

### SOZIALE SICHERHEIT SCHAFFEN

Die Sozialstruktur Deutschlands ist durch eine zunehmende Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen geprägt. Einige wenige besitzen den Großteil des Vermögens und die große Mehrheit verfügt über nichts oder zu wenig. Das gilt auch für die Einkommen. Zwar gibt es noch eine stabile „Mitte“. Doch die Anzahl derer, die an der Armutsschwelle stehen, wächst. Und wer einmal ökonomisch abgehängt wurde, für den oder die ist es unglaublich schwer bis unmöglich, die eigene Situation ohne Hilfe zu verbessern. Deshalb machen wir als IG Metall uns stark für mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung von Vermögen und Einkommen. Das kann beispielsweise durch eine offensive Tarifpolitik erreicht werden. Parallel dazu muss der Staat durch die Besteuerung und Veranlagung von Einkommen und Vermögen für eine gerechtere Verteilung sorgen. Notwendig sind zudem eine deutliche Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes und ein grundsätzlich bedarfsorientiertes Berechnungsmodell. Darüber hinaus sollte die Arbeitsvermittlung die Aussichten der Arbeitssuchenden auf eine sichere, gerechte und selbstbestimmte Arbeit im Blick haben, statt lediglich in den nächstbesten Job zu vermitteln.

### TARIFBINDUNG UND MITBESTIMMUNG STÄRKEN

Für ein gerechtes Entgelt und gute Arbeitsbedingungen sind starke Tarifverträge und breite Mitbestimmungsstrukturen notwendig. Möglichst alle Beschäftigten sollten von Betriebsräten vertreten und von Tarifverträgen erfasst werden. Notwendig ist deshalb eine gesetzliche Initiative zur Stärkung der Tarifbindung.

Dazu gehört die Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen wie auch die Ausweitung der Nachwirkung von Tarifverträgen – zum Beispiel bei Betriebsübergängen oder Ausgliederungen. Tarifbindung ist eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen. Dort, wo keine Tarifverträge wirken, muss ein Entgeltgleichheitsgesetz die Umsetzung des Grundsatzes „Gleiche Arbeit – Gleiches Entgelt“ absichern. Darüber hinaus müssen Betriebsratsgründungen erleichtert und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betriebsräte/-innen gestärkt werden.

### BILDUNG UND AUSBILDUNG BESSER MACHEN

Bildung und Qualifizierung sind entscheidende Grundlagen einer funktionierenden Demokratie. Leider jedoch zementiert und vererbt das deutsche Schulsystem den Bildungsstatus der Eltern stärker als in allen anderen Ländern Europas. Damit trägt es wesentlich zur sozialen Ungleichheit in Deutschland bei. Auch nach der Schulzeit setzen sich Bildungsungleichheiten im Übergang zu Ausbildung und Studium nahtlos fort. Sie spiegeln sich in unterschiedlichen Einkommen, unterschiedlichen Arbeitsverhältnissen, unterschiedlicher Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit und unterschiedlichen Möglichkeiten der persönlichen Weiterbildung.

Deshalb sagen wir als IG Metall: Wir brauchen mehr Bildungsinvestitionen und eine Reform des Bildungssystems mit dem Ziel der Chancengleichheit. Ein eingliedriges Schulsystem mit einem Mehr an individueller Förderung ist für uns der beste Weg. Zudem müssen die BAföG-Sätze entsprechend der allgemeinen Einkommensentwicklung angepasst sowie das Schüler- und Studierenden-BaföG über ein Bildungsförderungsgesetz ausgebaut werden – und zwar elternunabhängig.

Die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell, das mit einer Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) aber noch deutlich verbessert werden kann: Lernmittelfreiheit, verbesserte Qualität, eine Ausbildungsgarantie und die Einbeziehung des dualen Studiums in den Geltungsbereich des BBiG sind unsere wichtigsten Vorschläge dafür.

### ZUM WEITERLESEN

- Stephan Lessenich: Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin 2016.
- Dirk Lange, Holger Onken und Tobias Korn: Politikunterricht im Fokus. Politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen. Empirische Studie, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2013.

# MIT RECHTS

**PRO**

## SCHWEIGEN IST SILBER, REDEN IST GOLD!

Wegducken war noch nie eine sinnvolle Strategie. Warum also soll sie ausgerechnet in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulisten die richtige sein? Klar ist, gegen rechtsextreme und menschenverachtende Positionen muss klar Stellung bezogen werden. Es gibt rote Linien – auch in der politischen Debatte. Die gilt es zu halten: um die Menschenrechte, die Menschenwürde und die Freiheit aller zu schützen.

Gleichzeitig ist die Demokratie aber kein statisches Gebilde. Demokratie und die ihr zugrundeliegenden Werte und Normen existieren nicht einfach, sondern sie werden jeden Tag neu begründet. Vor allem über Kommunikation und Partizipation. Bestimmte Gruppen davon auszuschließen, delegitimiert die eigenen Grundprinzipien. Bei Rechtspopulisten gestaltet sich die Angelegenheit noch komplizierter. Denn sie arbeiten gezielt mit dem Ausschluss aus demokratischen Aushandlungsprozessen. Sich als heldenhafte Tabubrecher/innen, als Kämpfer/innen für das freie Wort und das freie Denken zu inszenieren, gehört zu ihren zentralen Strategien. Sie dann tatsächlich als gesellschaftliche Außenseiter/innen zu behandeln und mit Ignoranz zu strafen, spielt ihnen direkt in die Hände. Es verleiht ihnen die Aura von Outlaws und untermalt ihre Glaubwürdigkeit als vermeintlich aufrechte Gegner/innen des „politischen Establishments“.

Politischer Diskurs hat nicht die Aufgabe, sich selbst genug zu sein. Er dient nicht der permanenten Selbstvergewisserung in den immer gleichen Zirkeln derer, die sich in den meisten Dingen sowieso weitgehend einig sind. Politischer Diskurs muss heraus aus der Wohlfühlzone und genau die ansprechen, die drohen, verloren zu gehen, weil sie sich nicht mehr oder noch nicht repräsentiert sehen. Nur immer wieder appellartig zu erklären, dass die Demokratie die beste aller (bisherigen) Regierungsformen sei, reicht nicht aus, um Menschen von ihr zu überzeugen. Demokratie muss erlebt werden. Und das funktioniert nicht über das Abstellen von Kommunikation, sondern nur durch deren Verstärkung.

Nicht umsonst zählen das Kontroversitätsgebot und das Überwältigungsverbot nach dem „Beutelsbacher Konsens“ zu den Leitprinzipien der politischen Bildung in Deutschland. Dort heißt es: „Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinn erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern.“ Und: „Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen.“



Nun kann man einwenden, dass diese Leitsätze ausdrücklich für den politischen Unterricht formuliert wurden, und eben nicht als Maßstab für jede politische Debatte. Und dennoch kann auch die politische Debatte von den Einsichten der politischen Bildung etwas lernen. Dort zumindest weiß man schon lange, dass Belehrungs- oder Umerziehungsversuche – vor allem bei Erwachsenen – zu Lernwiderständen und Vermeidungsreaktionen führen. Im schlimmsten Fall erzeugen sie genau das Gegenteil dessen, das erreicht werden soll.

Wer festgefahrene Denkmuster irritieren und Menschen zum Nachdenken anregen will, muss erst einmal an die Menschen rankommen. Und das geht nur durch den direkten Kontakt. Durch aufmerksames Zuhören, auch wenn sich die vorgebrachten Argumente ähneln und längst nichts Neues mehr zu hören ist. Durch ruhiges Widersprechen – unaufgeregt, aber deutlich. Durch verständliches Erläutern der eigenen Position, auch wenn es das tausendste Mal ist. Und immer wieder durch das Aufzeigen von Fakten, Argumenten und Perspektiven, die darauf verweisen, dass die Welt komplexer ist als ein Schwarz-Weiß-Foto. Das ist mühsam, aber daran führt kein Weg vorbei.

Gleiches gilt im Übrigen für das Internet – einem enorm wirkmächtigen Raum für politische Debatten. Allen voran die sozialen Netzwerke funktionieren mittlerweile als virtuelle Parallel-Öffentlichkeiten. Algorithmen und Filterfunktionen unterstützen technisch die sowieso vorhandene menschliche Tendenz, von der Welt oft nur die Dinge wahrzunehmen, die mit den eigenen Vorstellungen zusammenpassen. Aspekte, die das persönliche Weltbild stören, weil sie querliegen zum Gewohnten, werden ausgeblendet. Man spricht in diesem Zusammenhang von sogenannten Echokammern. Meinungsvielfalt existiert hier nicht mehr, sondern nur noch ein sich permanent selbst verstärkendes und selbst begründendes System. Das ist höchst gefährlich. Denn wo man mit keinerlei Abweichung von der eigenen Meinung konfrontiert ist, schrumpfen Hirn und Horizont gleichermaßen.

Wie man es also dreht und wendet: Gegen Rechtspopulismus hilft kein Schweigen, keine Arroganz und keine Ignoranz. Es helfen nur Haltung und Mut. Und das heißt: Macht euch gerade! Macht den Mund auf! Stellt euch der Auseinandersetzung! Ganz sicher verliert man nämlich nur die Kämpfe, die man gar nicht erst führt.

# POPULISTEN REDEN?

## CONTRA

### FEINDE/INNEN DER DEMOKRATIE BEHANDELT MAN AUCH SO!

In dem französischen Film „Hass“ gibt es eine Szene, in der ein junger Mann aus dem Fenster springt und sich die ganze Zeit sagt: Bis jetzt ging alles gut, bis jetzt ging alles gut. Ähnlich verhalten sich derzeit viele Demokraten/innen mit Blick auf den Rechtspopulismus: Der Wunsch ist Vater des Gedankens, dass es schon nicht so schlimm werden wird. Doch angesichts des rasanten Aufstiegs des Rechtspopulismus ist es notwendig, der bitteren Wahrheit ins Auge zu schauen: Rechtspopulisten/innen haben nichts übrig für eine pluralistische Demokratie. Ihnen geht es nicht darum, sie zu verbessern. Sie wollen sie abschaffen. Und dafür nutzen sie – oft sehr geschickt – auch die Mittel der Demokratie selbst. Dem auf den Leim zu gehen, wäre schön blöd.

Betrachten wir die Sache mal etwas genauer: Rechtspopulisten propagieren gern und oft, die Vertreter/innen des „Volkswillens“ zu sein, im Namen „des Volkes“ zu agieren, endlich die Interessen „der kleinen Leute“ wieder aufs Tableau zu bringen. Doch wer genau ist dieses „Volk“? Ginge es nach der Alternative für Deutschland (AfD), gehörten dazu ausschließlich deutsche Staatsbürger/innen mit ethnisch-deutscher Abstammung und christlicher Religionszugehörigkeit. Kurz: Viele Menschen, die in diesem Land leben, nicht. Was soll daran demokratisch sein?

Zudem: Selbst diejenigen, die zum erlauchten Kreis des „Volkes“ nach AfD-Vorstellung gehören, haben in der Realität keinen gemeinsamen Willen. Sie vertreten unterschiedliche politische Positionen, haben verschiedene Interessen, gehören vielfältigen sozio-ökonomischen Schichten und Milieus an. Worin besteht angesichts dieser Tatsache der „Volkswille“? Ganz einfach: Es gibt ihn nicht. Er ist schlicht eine Erfindung der Rechtspopulisten selber. Ein Propagandainstrument, mit dem die eigenen Interessen und Vorstellungen als vermeintliche Mehrheits-, also „Volks“-Meinung dargestellt werden. Das allein ist schon antidemokratisch, denn in einer Demokratie geht es darum, Mehrheiten zu schaffen – mithilfe überzeugender Argumente und politischen Handelns. Und nicht einfach Mehrheiten zu erfinden.

Mit der Anmaßung, nicht nur genau zu wissen, wer „das Volk ist“, sondern auch, was es will, verachten Rechtspopulisten den Parlamentarismus als Mittel der demokratischen Aushandlung von Konflikten. Warum? Wer den „Volkswillen“ kennt, braucht keine Konflikte mehr zu moderieren, sondern muss den „Volkswillen“ nur noch durchsetzen.

In einer Demokratie hingegen wird der „Volkswille“ – will man nur der Verständlichkeit halber an dieser Stelle bei diesem Begriff bleiben – nicht von einer Gruppe festgelegt, sondern durch Wahlen ermittelt. Die Parteien streiten sich dann, mit der Macht, die ihnen die Wahlergebnisse verschafft haben, um politische Lösungen, die schlussendlich durch Abstimmung legitimiert werden. Genau diese komplexen Vermittlungsschritte einer parlamentarischen Demokratie meint der Rechtspopulismus überspringen zu können. Und genau aus dem Grund ist er antidemokratisch.

Warum sollte mit Menschen auf Augenhöhe diskutiert werden, die gegen die Demokratie stehen? Und gegen die Menschenrechte? Die andere Menschen – eine Muslima, einen Geflüchteten aus Syrien, einen Deutsch-Türken – diskriminieren wollen? An einem demokratischen Diskurs kann nur teilnehmen, wer sich an die demokratischen Spielregeln hält. Die Gleichheit der hier lebenden Menschen ist – so steht es im Grundgesetz – nicht verhandelbar. Wer das nicht anerkennt, verlässt den Raum demokratischer Auseinandersetzung und damit den Anspruch auf demokratische Teilhabe.

Nun könnte argumentiert werden, dass man die Debatte dennoch gesucht werden muss, um den Gegner/innen öffentlich zu entlarven. Das allerdings muss nicht immer klappen. Eine Tatsache, die schon so mancher Talkshow-Gast bitter erfahren musste. Denn wo Rechtspopulisten auftauchen, argumentieren sie in der Regel nicht, sondern betreiben Propaganda. Der eigenen Meinung widersprechende Fakten werden als „Lügen“ denunziert. Gleichzeitig werden von ihnen selbst bewusst Lügen erfunden, gern in hochemotionalisierten Themenfeldern. Kommt erneuter Widerspruch, wird das Thema gewechselt. Themenhopping nennt man das, und es gehört zu den Paradedisziplinen der Rechtspopulisten. Sogar erfahrene Polit-Profis können hier ins Schwitzen kommen. Denn wenn das Gegenüber gar nicht an einer Diskussion interessiert ist, ist die Gefahr hoch, in der Debatte immer schwerfällig hinterherzuhinken und schlussendlich unterlegen zu wirken. Und das wiederum ist das Schlimmste, was passieren kann. Denn es verschafft Rechtspopulisten Erfolgserlebnisse.

Es ist blauäugig und gefährlich zu glauben, dass man Rechtspopulisten ein Forum geben sollte, nur weil man sich sonst von ihnen den Vorwurf anhören müsste, man verletze als Demokrat die eigenen „Spielregeln“. Genau das Gegenteil nämlich ist richtig. Eine der Konsequenzen, die aus der Geschichte gezogen werden können, ist die, dass es notwendig ist, Gruppen, Vereine und Parteien zu verbieten und polizeilich zu verfolgen, die daran arbeiten, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beseitigen. Das nennt sich „wehrhafte Demokratie“.



# FACEBOOK, FAKE NEWS, FILTERBLASEN

## DEMOKRATIE IM INTERNET

Soziale Medien haben ein emanzipatorisches Potenzial. Es entstehen Plattformen für politische Diskussionen jenseits institutionalisierter Gremien und Kanäle. Menschen können sich trans- und international vernetzen.



**D**ie politische Kommunikation hat sich mit dem Internet und den sozialen Medien grundsätzlich verändert. Über viele Jahrzehnte hinweg bestand politische Öffentlichkeitsarbeit in erster Linie darin, Pressemitteilungen, Statements und Bilder hinauszusenden und darauf zu hoffen, dass sie bei der Zielgruppe ankommen. Eine kommunikative Einbahnstraße quasi. Mit den Dialogmöglichkeiten von Social Media hat sich diese Einbahnstraße in eine vielbefahrene, mehrspurige Autobahn mit Gegenverkehr verwandelt. Man sendet nicht nur in die Welt hinaus – die Welt kann auch antworten. Und zwar direkt, orts- und zeitunabhängig.

### WENIGER HIERARCHIEN, MEHR FREIHEIT

Doch nicht nur das. Soziale Medien werden – vor allem von den jüngeren Zielgruppen – verstärkt und manchmal sogar ausschließlich als Informationsquelle genutzt. Sie dienen also auch der politischen Bildung. Das birgt viele Chancen. Denn dadurch, dass soziale Medien es allen ermöglichen zu publizieren, haben sie ein emanzipatorisches Potenzial. Kein Geld, keine Abhängigkeiten, keine Hierarchien stehen im Weg. Jede und jeder kann einen Blog eröffnen, Twitter, Facebook und YouTube bespielen. So entstehen Plattformen für politische Diskussionen jenseits institutionalisierter Gremien und Kanäle. Menschen können sich transnational und international vernetzen. Minderheitenperspektiven können sichtbar werden und Aspekte in Debatten getragen werden, die sonst überhört oder übersehen wurden.

Positiv betrachtet, erleben wir mit dem Internet und mit Social Media eine Demokratisierung der Medienwelt und eine Öffnung hin zu mehr Beteiligung: Nie war es einfacher, so schnell und so preiswert an Informationen zu kommen. Ein großer Schritt in Richtung Presse- und Informationsfreiheit. Und Chancengleichheit, wenn man so will. Denn Wissen wird weniger herrschaftsförmig, wenn die Schranken zur Informationsbeschaffung sinken.

Es gibt aber auch Nachteile dieser Entwicklung: das stetige Wachstum der Fülle an Informationen zum Beispiel. Denn es braucht einiges an Wissen, Kompetenz und politischer Urteilskraft, aus dem Überangebot an Informationen die sinnvollen und die vertrauenswürdigen herauszufiltern. Und: Qualitätsjournalismus kostet Geld.

Im Netz sind aber die wenigsten bereit, für Informationen zu zahlen. Damit steigt die Gefahr, sich zwar informiert zu fühlen, es real aber nicht zu sein – ganz einfach, weil man auf schlecht recherchierte Artikel oder gar Fake News hereingefallen ist. Der Unterschied zwischen echtem Journalismus und Meinungsmache verschwimmt im Netz zunehmend. Dies stellt uns alle vor die Herausforderung eines bewussten Medienkonsums. Leider jedoch ist kritische Medienkompetenz bislang noch viel zu selten Teil des Erziehungs- und des Bildungssystems. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, damit Demokratie im digitalen Zeitalter gelingen kann.

### GEFÜHLTE WAHRHEITEN UND ECHOKAMMERN

Als Fake News werden absichtliche Falschaussagen bzw. Falschmeldungen bezeichnet, die sich überwiegend im Internet, insbesondere in sozialen Netzwerken verbreiten. Fake News dienen zwei Zwecken: Einerseits dem Verdienen von Geld. Und andererseits der politischen Beeinflussung von Menschen, Debatten und politischen Entscheidungen. Geld verdient man durch Aufmerksamkeit, und die ist schwer zu erreichen in viralen Zeiten. Mit Fake News kann das klappen – denn je krasser die Nachricht ist, am besten emotional bewegend und empörend, desto größer die Chance, dass sie rasant „geteilt“ wird. Auch politische Beeinflussung funktioniert so recht gut. Es gilt das gleiche Prinzip: Je lauter, je simpler und je reißerischer, desto eingängiger. Komplexität ist nichts für soziale Medien. Objektivität, Wahrheitsgehalt und Quellencheck treten in den Hintergrund. Es geht um Emotionen, „gefühlte Wahrheiten“. Die Nutzer/innen wollen in erster Linie unterhalten werden.

**„Das gegenwärtige Problem in unseren demokratischen Informationsgesellschaften ist nicht ein Mangel an Informationen, sondern der Mangel an kognitiven Fähigkeiten zur Selektion von wahr und unwahr, seriös und tendenziös, wichtig und banal.“**

Wolfgang Merkel, Politikwissenschaftler





Nachrichten haben in sozialen Netzwerken eine andere Funktion als beispielsweise das Lesen einer Zeitung oder das Einschalten der Tagesschau. Im Netz geht es darum, die eigene Persönlichkeit darzustellen – ob nun die tatsächliche oder eine erwünschte, ist dabei unerheblich. Nachrichten werden mit dem Ziel gepostet, geteilt und geliked, die eigene Meinung zu präsentieren. Man will sich von Andersdenkenden abgrenzen, Unterstützung von Gleichgesinnten erfahren und sich so als Teil einer Gemeinschaft fühlen. Kurzum: Man will bestätigt werden.

Das gilt im Übrigen nicht nur für soziale Medien, sondern grundsätzlich: Gerade wenn Themen etwas mit der eigenen Haltung zu tun haben, neigen Menschen dazu, vorrangig die Informationen als wahr anzunehmen, die die bereits bestehenden eigenen Ansichten stützen. Informationen, die quer dazu liegen, werden als irritierend und störend empfunden und deshalb ausgeblendet. Diese Eigenart des Gehirns zur Einordnung von Sachverhalten und Reduzierung von Komplexität wird quasi durch Social Media noch verstärkt. So werden Nutzer/innen durch Facebook und Co. primär Beiträge vorgeschlagen, die die Anbieter/innen aufgrund ihrer Datenanalyse als interessant für den oder die Nutzer/in erachten. Diese Algorithmen können – in Kombination mit Like- und Share-Funktionen sowie zielgruppenspezifischer Werbung (Microtargeting) – eine individuelle virtuelle Realität erzeugen, die keine äußeren Störungen mehr zulässt. Bekannt geworden ist dieses Phänomen unter den Begriffen „Filterblase“ oder „Echokammer“.

„Filterblasen“ gab es schon immer, auch lange vor dem Internet und den sozialen Netzwerken. Im Grunde handelt es sich dabei um einen uralten sozialen Mechanismus. Problematisch daran ist das Herausbilden von Meinungsspiralen, das Entstehen von stark polarisierten und polarisierenden „Wir-gegen-die“-Konstruktionen und daraus folgenden Radikalisierungstendenzen. Das letztere Phänomen war und ist sehr deutlich im Zusammenhang mit Hate Speech, Anti-Flüchtlings-Propaganda und rechtspopulistischen Wortergreifungsstrategien zu beobachten.

## SOCIAL BOTS PROVOZIEREN

Eine nicht unwesentliche Rolle hinsichtlich der Beeinflussung politischer Meinungsbildungsprozesse durch soziale Medien spielen derzeit die sogenannten Social Bots. Das sind automatisierte Nutzerprofile, also Programme, die menschliche Verhaltensmuster simulieren. Social Bots beruhen auf bestimmten Algorithmen. Sie sind in der Lage, Unmengen an Daten in kürzester Zeit zu sammeln, zu analysieren und mithilfe künstlicher Intelligenz anzuwenden, zum Beispiel in Form von Bezugnahmen auf das tagesaktuelle Geschehen. Social Bots haben das Potenzial, allein durch ihre Masse einem Thema scheinbare Relevanz zu verleihen. Was wiederum zu Reaktionen aus der „echten Welt“, wie beispielsweise Presseartikeln, führen kann. Das Kritische an Social Bots ist also in erster Linie nicht ihr Einfluss im direkten Chat auf Facebook, sondern ihr Potenzial, vermeintliche Realitäten zu erzeugen und auf tatsächliche Realitäten einzuwirken.

Vor allem in Wahlkampfzeiten kann das zu einem Problem werden. Denn zum einen unterläuft die Big-Data-Analyse in gewisser Hinsicht das Prinzip der geheimen Wahlen. Wenn man politische Einstellungen, Verhaltensweisen und auch Unschlüssigkeiten von Hunderttausenden Menschen detailliert feststellen und explizit darauf reagieren kann, muss zumindest die Frage berechtigt sein, wo Manipulation beginnt. Und zwar zum einen die Manipulation von potenziellen Wählern/innen. Zum anderen aber auch die Manipulation von Wahlen an sich.



**Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) hat in einer Studie zu Social Bots festgestellt: „Social Bots werden momentan im Wesentlichen dafür eingesetzt, Diskussionen inhaltlich zu verzerren, die Wichtigkeit von Themen oder die Popularität von Personen und Produkten künstlich zu überhöhen. (...) Social Bots können nur unter bestimmten Voraussetzungen Ergebnisse politischer Entscheidungsprozesse beeinflussen. Eine Voraussetzung ist bspw. ein politischer Kulminationspunkt wie eine knappe Entscheidung bei Wahlen. Diese Voraussetzungen können sie selbst nicht schaffen. Social Bots tragen zur Veränderung der politischen Debattenkultur im Internet bei und können durch die massenweise Verbreitung von (Falsch-)Nachrichten zu einer Desinformation und „Klimavergiftung“ im öffentlichen Diskurs führen. Social Bots bergen das Potenzial, das Vertrauen in die Demokratie zu unterlaufen.“**



## UND JETZT? – EIN PAAR PRAXISTIPPS

Das ist in der Tat eine Gefahr. Aber das Internet ist keinesfalls nur als Risiko für die Demokratie zu betrachten. Ganz im Gegenteil: Gerade unter dem Aspekt demokratischer Beteiligung bietet es jede Menge Möglichkeiten. Und auch darüber hinaus scheint es angebrachter, Medienkompetenz auch im digitalen Bereich aufzubauen und aktiv weiterzuvermitteln, anstatt die digitale Welt zu verlassen oder zu ignorieren.

### FAKE NEWS WIDERLEGEN

Fake News funktionieren wie Gerüchte. Sie sind attraktiv, weil es keiner besonderen Anstrengung bedarf, um sie zu verstehen. Sie sprechen Emotionen an, arbeiten gern mit Skandalisierungen und Empörung. Deswegen sollten sie nicht unwidersprochen bleiben. Allerdings gibt es dabei auch ein paar Regeln zu beachten. Dazu gehört vor allem: nicht die Falschmeldung wiederholen, sondern sich auf die Richtigstellung konzentrieren. Nicht erst noch einmal alles nacherzählen und erst am Ende drauf verweisen, dass das falsch ist. Denn so prägt sich vor allem die Falschmeldung ein. Stattdessen die Richtigstellung prominent platzieren, am besten mit Angabe der Quelle. Und einfach bleiben: Eine zu komplizierte Korrektur ermüdet und lässt die Leser/innen verwirrt zurück. Lieber nur wenige, dafür aber aussagekräftige Argumente verwenden. Und auch in der Sprache nachvollziehbar bleiben – konkret, bildlich und ohne viele Fremdwörter. Am wichtigsten aber: Sich nicht auf Endlosdebatten mit Leuten einlassen, die nur provozieren wollen. Oft reicht ein gutes Statement. Und dann kann man seine Energie besser wieder in andere Dinge investieren.

### FILTERBLASEN DURCHBRECHEN

Für das Netz gilt oft genau das Gleiche wie für das reale Leben. Zum Beispiel: Das Verlassen der Komfortzone hilft. Über den eigenen Tellerrand hinausschauen bewirkt manchmal wahre Wunder. Wer sich immer nur mit denen unterhält, die die gleichen Ansichten teilen, wird nichts verändern in den Köpfen der Andersdenkenden. Der verbreitete Trend, Menschen auf Facebook zu „entliken“, weil sie anderer Meinung sind als man selbst, sollte daher auch kritisch hinterfragt werden. Klar ist, dass es Grenzen gibt. Rassistische, menschenfeindliche oder frauenverachtende Hasstiraden muss niemand in seiner Timeline tolerieren. Geht es aber schlicht um Meinungsverschiedenheiten, kann es durchaus sinnvoll sein, auch Andersdenkende im virtuellen (wie im realen) Freundes- und Bekanntenkreis zu behalten. So kann man eventuell noch Kontrapunkte setzen und das Denken in andere Richtungen lenken. Rausschmeißen ist die einfachste Lösung. Sich auseinanderzusetzen die Schwerere.

### BLOCKIEREN UND MELDEN

Wenn es einem doch zu bunt wird und man sich belästigt oder genervt fühlt – ob nun durch permanente Werbung, Trolle oder blöde Kommentare – dann muss man noch lange nicht verzweifeln. Denn einiges hat man immer noch selbst in der Hand. Unerwünschte Werbung in Form von Sponsored Links beispielsweise kann über den kleinen Pfeil rechts oben in dem Post einfach blockiert werden. Und Leute bzw. Seiten, die menschenverachtende Inhalte posten, direkt an Facebook melden. Am besten auch andere Leute darauf aufmerksam machen und sie auffordern, das gleiche zu tun. In diesem Fall hilft viel tatsächlich viel.

### EIGENE NETIQUETTE FORMULIEREN

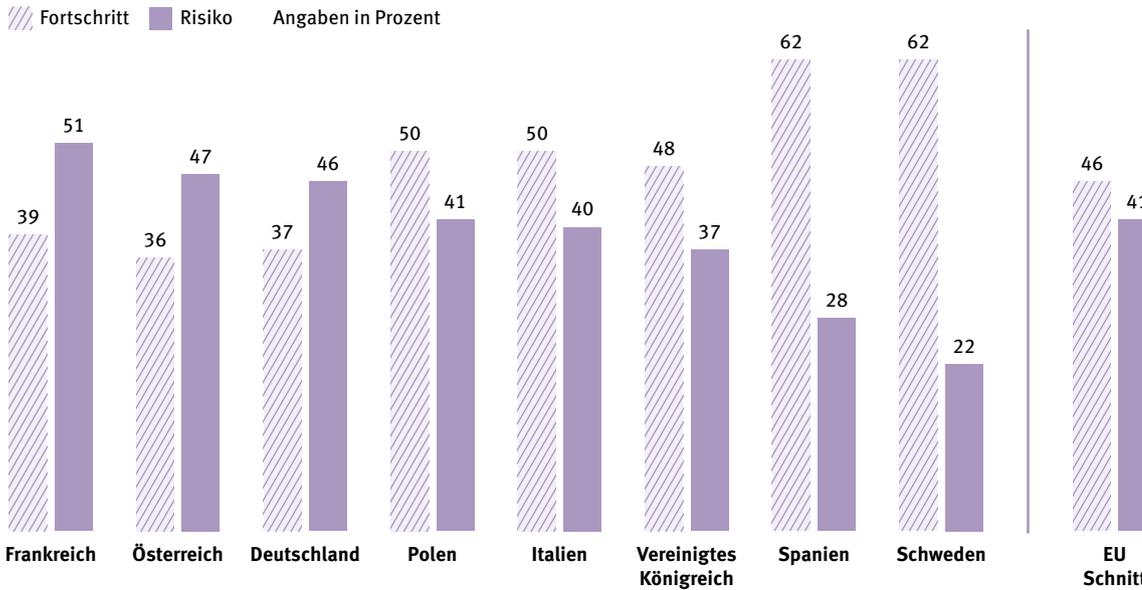
Wer eigene Social-Media-Kanäle aufbaut und bespielt, sollte in Erwägung ziehen, sich eine Netiquette zu geben und sie auf der Seite zu veröffentlichen. Ziel davon ist es, Regeln für eine Kommunikation aufzustellen, die es allen ermöglicht, sich ohne Angst oder Hemmungen an Diskussionen zu beteiligen. Der Begriff Netiquette ist ein Kofferwort aus dem englischen „net“ für das „Netz“ und dem französischen „etiquette“ für die „Verhaltensregeln“. Er beschreibt ein angemessenes und respektvolles Benehmen in der elektronischen Kommunikation. Auch wenn eine Netiquette keinerlei rechtliche Relevanz hat, schafft man so Transparenz hinsichtlich der eigenen Haltungen, Werte und Normen. Und kann sich bei Verstößen auf die Netiquette beziehen und gegebenenfalls Konsequenzen wie Blockieren oder Sperren ziehen.



Das Internet ist keinesfalls nur als Risiko für die Demokratie zu betrachten. Ganz im Gegenteil: Gerade unter dem Aspekt demokratischer Beteiligung bietet es jede Menge Möglichkeiten.



## Europäer/innen gespalten zum Verhältnis von Social Media und Demokratie



Anteil der Personen zwischen 16 und 30 Jahren, die Social Media als Fortschritt oder Risiko für die Demokratie sehen  
Abweichung von 100 Prozent: Weiß nicht, weder noch, sowohl als auch. Quelle: Handelsblatt, Statista

### ONLINE-PETITIONEN INITIIEREN

Auch Protest kann im Internet beginnen und seine Wirkung in der realen Welt zeigen. Online-Petitionen beispielsweise haben sich mittlerweile zu einem webbasierten Massenprotestmittel entwickelt. Seit 2005 gibt es beim Bundestag eine offizielle Website zum Einreichen von E-Petitionen. Das können persönliche Bitten oder Beschwerden sein. Das können aber auch Forderungen von allgemeiner politischer Bedeutung sein. 50.000 Unterzeichner/innen innerhalb von vier Wochen sind nötig, um das Quorum zu erreichen. Dann hat der oder die Initiator/in die Chance, sein/ihr Anliegen mit den Abgeordneten in einer öffentlichen Sitzung vor dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zu diskutieren.

Auch offene Internetportale wie change.org oder openpetition.de können für das Verfassen und Verbreiten von Online-Petitionen genutzt werden. Grundsätzlich ist es jedoch oftmals gar nicht so einfach, für eine Petition sehr schnell viele Unterstützer/innen zu gewinnen. Förderlich dafür ist eine bereits bestehende hohe mediale bzw. öffentliche Aufmerksamkeit für das Anliegen. Diese wird jedoch weniger durch die Petition an sich hergestellt, als dass sie dieser den nötigen Rückenwind verschaffen kann.

Darüber hinaus sagt auch die Resonanz auf eine Petition nicht zwangsläufig etwas über ihre tatsächliche politische Wirkung aus. Oftmals werden Petitionen von den politisch Verantwortlichen zwar als Indikatoren für eine öffentliche Meinung wahrgenommen. Aber nicht zwingend als Motor dafür, tatsächlich in diese Richtung aktiv zu werden. Es gilt also auch hier: Das Netz kann helfen, aber andere Politikformen nicht ersetzen. [www.epetitionen.bundestag.de](http://www.epetitionen.bundestag.de)

### ONLINE-MONITORING

Das Netz hilft nicht nur dabei, Positionen zu verbreiten und andere Menschen zu erreichen. Wer es strategisch nutzt, kann auch für die eigene Politikgestaltung einiges daraus lernen. Zum Beispiel, indem dafür relevante Blogs, Foren und Accounts und Kanäle kontinuierlich beobachtet werden. So kann man herausfinden, welche Themen die Leute beschäftigen, was sie zu aktuellen Fragestellungen denken, welche Argumente und Kritiken im Umlauf sind. Und das in die eigenen Planungen frühzeitig einbeziehen. Dabei sollte aber immer bedacht werden: Es ist nur ein Ausschnitt aller Meinungen, der sichtbar wird. Deshalb ist es wichtig, die analogen Dialogformate nicht aus den Augen zu verlieren und alle Eindrücke zunächst einmal mit den bisherigen Erfahrungen abzugleichen. Nur so kann ein voreiliges Schlüsseziehen verhindert werden.

# WARUM IST DEMOKRATIE NERVENAUFRIBEND UND STRESSIG, HERR STRENGER?

**Carlo, als Mittel gegen Fake News, Hass-tiraden im Internet und Rechtspopulismus hältst du eine Besinnung auf „verantwortliche Meinungsbildung“ für dringend erforderlich. Was meinst Du damit?**

Dass man sich informieren muss, wenn man mitentscheiden will. Und zwar anhand von objektiven Sachverhalten. Wir leben ja heute in einer total verückten Zeit. Einerseits ist der Zugang zu Informationen heute viel demokratischer als früher. Jeder kann an Informationen kommen, ohne viel Geld dafür auszugeben. Zugleich sind die Bürger in den westlichen Demokratien schlecht informiert, und viele fühlen sich überfordert durch die Komplexität der zu behandelnden Fragen. Und dann ist da das, was man den Echokammer-Effekt nennt: Menschen tendieren dazu, nur das wahrzunehmen, was mit ihren Meinungen übereinstimmt. Sie schotten sich ab und ignorieren, was nicht ihrer Weltsicht entspricht. Sie treffen dann Entscheidungen anhand dessen, was sie glauben, nicht aufgrund von Tatsachen.

**Sich verantwortungsvoll eine Meinung zu bilden ist für viele Menschen anscheinend zu mühselig?**

Genau. Denn „verantwortliche Meinungsbildung“ ist das Gegenteil von Glauben, sondern das Informieren über den Stand einer jeweiligen Debatte. Sei es zum Klimawandel, zum Islam, zur Migration, was auch immer. Meinungsbildung ist dann verantwortlich, wenn der Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse und der seriösen öffentlichen Debatte zur Kenntnis genommen wird. Fundierte Argumente und Gegenargumente, Objektivität und Wahrheit, das ist immer ein Prozess, klar. Aber Vorurteile, „Glauben“ an Verschwörungen, Beharren auf absurden Meinungen und so weiter, das hat in der öffentlichen Debatte nichts verloren.

Das Bittere daran: verantwortliche Meinungsbildung wäre vor allem für diejenigen am wichtigsten, die sich zurückziehen. Denn wer keine verantwortliche Meinungsbildung betreibt, nimmt seine Interessen in der Regel nicht wahr. Sondern wählt Parteien, die die eigenen Interessen gar nicht vertreten. Das beste Beispiel sind die Wählerinnen und Wähler Donald Trumps. Ein erheblicher Teil von ihnen ist arm, und dieser Teil verliert gerade die eigene Krankenversicherung, die ihnen Obama gerade erst verschafft hat. Oder sieh dir die Schweiz an! Die rechtspopulistische Schweizer Volkspartei, die SVP, betreibt eine neoliberale Wirtschaftspolitik und rassistische Politik gegen Ausländer. Gewählt wird die Partei in Kantonen, wo es de facto keine Zuwanderung gibt, die Menschen dort leiden aber massiv unter der neoliberalen Politik.

**Reicht verantwortungsvolle Meinungsbildung, wenn sich Rechtspopulisten zur echten Bedrohung der Demokratie auswachsen?**

Ich kann nicht sagen, ob das reicht. Wir dürfen nur nicht die Hände in den Schoß legen, wenn wir den Kampf nicht verlieren wollen. Wir brauchen zudem auch ein Mindestmaß an geschichtlichem Bewusstsein. Gerade die Rechtspopulisten idealisieren heute unentwegt das Zeitalter der Nationen. Wir alle haben aber einmal gelernt, was geschah, als in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts der Nationalismus seinen Höhepunkt erreichte. Das Gleiche gilt für die Wirtschaft und die internationalen Organisationen. Es gab in den zwanziger und dreißiger Jahren keine funktionierende Zentralbank, keine UNO, keine EU, sondern nur den totalen Absturz in die wirtschaftliche und politische Krise.

## CARLO STRENGER

ist Professor für Psychoanalyse an der Universität in Tel Aviv. Zuletzt sind vom ihm die Bücher „Zivilisierte Verachtung“ (2015) und „Abenteuer Freiheit“ (2017) im Suhrkamp Verlag erschienen.



Die Rechtspopulisten verschweigen genau das. Sie tun so, als ob die heutige sichere Situation vom Himmel gefallen wäre. Dabei ist all das erst durch den langen und mühseligen Prozess der europäischen und internationalen Einigung zu Stande gekommen. Dass das heutige Europa Fehler hat, ist doch nichts gegenüber der Horrorvorstellung, wieder im Zeitalter der Nationen und des Nationalismus leben zu müssen.

**Für die direkte Auseinandersetzung mit Rechtspopulisten schlägst du vor, „zivilisierte Verachtung“ zu praktizieren. „Zivilisiert“ und „Verachtung“, das klingt widersprüchlich. Kannst du das erklären?**

„Zivilisierte Verachtung“ wendet sich zunächst gegen die politische Korrektheit. Die besagt ja, dass wir jeden Glaubensinhalt, jede Religion, jede Meinung, und sei sie noch so menschenverachtend, respektieren müssen, nur weil es jemanden gibt, der diese Position einnimmt. Da ist meines Erachtens etwas ganz und gar schief gelaufen, denn das ist eine folgenschwere Verdrehung des Toleranzprinzips. Das Toleranzprinzip der Aufklärung meinte nämlich Glaubensfreiheit, aber nicht, dass man ein Anrecht darauf hat, nicht kritisiert zu werden. Genau da setzt für mich die zivilisierte Verachtung an. Es ist für mich ein Ideal demokratischer Konfliktkultur in Auseinandersetzung mit Feinden der Demokratie. Zivilisierte Verachtung muss sich auf Glaubensinhalte und Praktiken richten, niemals aber gegen die Menschen selbst. Sie darf niemals drauf zielen, Menschen zu erniedrigen. Zivilisierte Verachtung greift irrationale, unmenschliche oder unmoralische Positionen an. Religiöse Überzeugungen wie die Position, dass Frauen nicht an politischen Debatten teilnehmen sollten, weil sie dazu nicht in der Lage seien, und ebenso rechtspopulistische Positionen, etwa die irre Idee von der Islamisierung des Abendlandes. All das sind un begründete irrationale Ideen, die man scharf angreifen muss.

**Aber warum „Verachtung“? Reichen „Kritik“ oder „Ablehnung“ nicht?**

Ich habe den Begriff nicht nur aus Provokationslust gewählt. Ich denke, dass wir auch als Demokraten und Demokratinnen eine emotionale Komponente benötigen, um uns zu mobilisieren. Es ist vollkommen gerechtfertigt, dass wir auf Positionen emotional reagieren, die wir aus guten Gründen für irrational und falsch halten. Denn wenn man die Arbeit erledigt hat und sich verantwortlich gebildet hat, sollte man sich auch klar und scharf äußern. Zugleich geht es bei zivilisierter Verachtung um eine Zählung der eigenen Emotionen. Damit man eben gerade nicht wie am virtuellen Stammtisch dem eigenen Hass freien Lauf lässt. Es geht also um demokratische Selbstdisziplinierung. Man muss etwa lernen, mit Kolleginnen und Kollegen im Betrieb hart und fair zu diskutieren. Das mit Leuten hinzubekommen, die man nicht kennt, ist harte Arbeit. Auch am eigenen Selbst. Es erfordert auch Mut. Und immer geht es darum, die Menschen als Menschen zu respektieren, nicht aber ihre Meinung.

**Was heißt das beispielsweise für eine politische Diskussion im Betrieb?**

Niederreden nein, scharfe Konfrontation ja. Wenn jemand etwa ankommt und sagt, die Ausländer nehmen uns die Arbeit weg, dann muss man erstmal gut informiert sein, dass das nicht stimmt. In Deutschland wird dann ja gern der fast schon sprichwörtliche polnische Klempner bemüht, der angeblich dafür verantwortlich sei, dass das deutsche Handwerk den Bach runtergeht. Dass es aber Tausende Ausbildungsplätze gibt, die niemand möchte, das muss man dann dagegenhalten. Wenn die Fakten dann geklärt sind, muss man die Leute auch direkt konfrontieren: „Vielleicht lässt du dich von Menschen falsch informieren, die mit deinen Ängsten Politik machen wollen!“ Auch darf man das Gegenüber, mit dem man diskutiert, nicht so ohne Weiteres davonkommen lassen. Etwa dadurch, dass das alles nur ein blödes Missverständnis gewesen sei, die Rechtspopulisten es nicht so gemeint hätten, oder jeder so seine Meinung haben dürfe.

Am Brexit hat man ja gesehen, wo das endet. Die Pro-Brexit-Fraktion hat unter anderem die Abstimmung damit gewonnen, dass sie behauptet haben, durch den EU-Austritt würden jede Woche 350 Millionen Pfund ins Gesundheitssystem fließen. Das war aber eine bewusste Lüge des Rechtsradikalen Nigel Farage und von Boris Johnson, dem Londoner Bürgermeister. Es ist ja nicht so, dass der Investmentbanker Farage und der Absolvent einer Elite-Universität Johnson nicht zählen könnten! Aber es ist eben auch niemand aufgestanden und hat laut genug gesagt: Das ist eine Lüge.

**Der Rest der Gesellschaft widerspricht also nicht laut genug, wenn sich demokratiefeindliche Tendenzen breit machen?**

Genau, das ist der eine Fehler. Der andere Fehler ist die Arroganz. Denn die „Eliten“ – also wir alle, die wir Qualitätsmedien lesen, denn nichts anderes meint ja der rechte Kampfbegriff der „Eliten“ – drücken uns oft sehr verächtlich aus bei Meinungen, die uns irrational und schädlich erscheinen. Das ja oft auch aus guten Gründen! Aber: Menschen zu beleidigen, das bringt nicht viel, die fühlen sich dann nur bestätigt in ihrem Ressentiment gegen „die da oben“. Arrogantes Auftrumpfen ist also kontraproduktiv. Will man beide Fehler vermeiden und den Populisten das Wasser abgraben, heißt das: Die Meinungen angreifen, ohne die Menschen von oben herab zu behandeln. Die Voraussetzung dafür aber ist: Demokratinnen und Demokraten, wir alle, müssen uns viel stärker als früher aus unseren eigenen Komfortzonen herausbewegen und leidenschaftlich diskutieren. Ob im Betrieb, auf der Straße oder im Fernsehen. Man darf den Feinden der Demokratie einfach nicht die öffentliche Bühne überlassen. Auch wenn es nervenaufreibend und stressig ist.





Einerseits ist der Zugang zu Informationen heute viel demokratischer als früher. Zugleich sind die Bürger/innen in den westlichen Demokratien schlecht informiert und viele fühlen sich überfordert.



## ZIVILISIERTE VERACHTUNG KONKRET: DER ÄRZTETEST

„Um genauer bestimmen zu können, wann welche Argumente zählen sollen, möchte ich ein ganz einfaches Prinzip vorschlagen: den Ärtzetest. Stellen Sie sich vor, ein geliebtes Familienmitglied ist schwer krank – was erwarten Sie von dem behandelnden Arzt? Was würden Sie sagen, wenn sie oder er die Entscheidung für eine bestimmte Darmkrebstherapie mit seinem Glauben begründet und einschlägige klinische Studien ignoriert? Würden Sie das akzeptieren? Ich gehe stark davon aus, dass in einem solchen Fall selbst amerikanische Rechte, die Erkenntnisse zum Klimawandel leugnen, obwohl 97 Prozent aller Experten sich darüber einig sind, einen solchen Arzt wegen Fahrlässigkeit und Missachtung seiner beruflichen Pflichten anzeigen würden. Ein zweites Thema, bei dem Menschen in der Regel überhaupt keinen Relativismus tolerieren, ist Geld. Nehmen wir einmal an, der Direktor der Bank, bei der Sie Ihr Konto haben, würde Ihnen eines Tages eröffnen, Ihr Kontostand sei eine Sache seiner inneren Überzeugung, nicht das Ergebnis der exakten Saldierung von Einnahmen und Ausgaben – ich vermute (und weiß aus Erfahrung), dass selbst die frommsten Menschen dafür keinerlei Verständnis hätten und sofort die Polizei anrufen würden. Überträgt man das Prinzip des Ärtzetests auf den Kontext der zivilisierten Verachtung, würde dies bedeuten, dass Menschen moralisch dazu verpflichtet sind, bei schwerwiegenden politischen, rechtlichen oder das Zusammenleben der Kulturen betreffenden Fragen dieselben epistemischen (Anm. d. R.: erkenntnismäßigen, wissensmäßigen) Maßstäbe anzuwenden wie in den Bereichen der Medizin oder persönlichen Finanzen. Wer dies nicht tut, legt eine Doppelmoral an den Tag, die es aus der Perspektive der zivilisierten Verachtung zu kritisieren gilt.

Eine Kultur der zivilisierten Verachtung beruht somit auf einer intellektuellen Selbstdisziplin, die dazu verpflichtet, Informationen zu sammeln und diese sorgfältig abzuwägen; und auf dem Willen, diese Disziplin konsequent aufzubringen – genau darin besteht nämlich das Prinzip der verantwortlichen Meinungsbildung. Zivilisierte Verachtung ist dann angebracht, wenn Menschen sich diesen Anforderungen entziehen, weil sie es bequemer finden, Tatsachenbehauptungen zu akzeptieren, die zu ihren emotionalen oder weltanschaulichen Präferenzen passen, selbst wenn sich leicht Indizien finden lassen, die diesen Behauptungen widersprechen.“

Auszug aus: Carlo Strenger: Zivilisierte Verachtung. Eine Anleitung zur Verteidigung unserer Freiheit, Berlin 2015.

# DIREKTE

## PRO

### WENN DIE DEMOKRATIE BESTAND HABEN WILL, MUSS SIE SICH NEU ERFINDEN!

Die Krise der Demokratie ist unübersehbar: Die Beteiligungen bei den Wahlen sinken, die Leute sind entnervt von ihren Volksvertretern/innen, weil nicht mehr nachvollziehbar ist, warum wer was auf welche Weise entscheidet, und der Einfluss der Politik auf die Wirtschaft nimmt gefühlt beständig ab. Einige sehen sogar schon ein neues „postdemokratisches“ Zeitalter heraufziehen, in dem nur noch Technokraten/innen entscheiden. In dieser für die Demokratie äußerst kritischen Situation gibt es genau zwei Möglichkeiten: Entweder es bleibt alles, wie es ist. Dadurch werden sich die Krisensymptome nur verstärken. Oder die Demokratie erfindet sich radikal neu, wird wieder mit Leben gefüllt und kann so die Bürger/innen von ihrer Sinnhaftigkeit überzeugen.

Eine Möglichkeit, die Demokratie neu zu erfinden – zumindest hier in Deutschland –, ist die direkte Demokratie. Damit gemeint sind politische Entscheidungsverfahren, bei denen die Bevölkerung unmittelbar, also direkt, über politische Sachfragen abstimmt. Zu direktdemokratischen Instrumenten gehören beispielsweise Referenden, Initiativanträge oder Volksabstimmungsverfahren. Gute Gründe, diese zukünftig in viel größerem Umfang zu nutzen, gibt es jede Menge. Erstens: Nur so ist das Volk tatsächlich der Souverän, der es nach dem Grundgesetz auch sein sollte, und nicht nur alle vier oder fünf Jahre. Zweitens: Direkte Demokratie bildet. Denn eine gewisse Zeit lang wird in der Öffentlichkeit intensiv über ein bestimmtes Thema gestritten. Unterschiedliche Standpunkte kommen auf den Tisch, die Für und Wider werden abgewägt, jede/r kann sich informieren und an der Debatte teilnehmen. Drittens: Direkte Demokratie aktiviert. Denn man wird eben nicht nur moralisch dazu aufgefordert, sich zu informieren, sondern darf am Ende mitentscheiden. Und da trägt man doch ein wenig mehr Verantwortung, schließlich will man keine Fehlentscheidung treffen. Viertens: Direkte Demokratie bindet. Volksentscheide und ähnliche direktdemokratische Verfahren erleichtern es den Menschen, Veränderungen zu akzeptieren. Immerhin konnten sie selbst Einfluss nehmen.



Fünftens: Direkte Demokratie demokratisiert. Denn so können Wähler/innen ihre Meinung viel differenzierter zum Ausdruck bringen. Beispielsweise kann man zwar bei der Bundes- oder Landtagswahl einer bestimmten Partei seine Stimme geben. Sich gleichzeitig aber in ausgewählten Sachfragen eben auch anders entscheiden. Das wiederum wirkt sich auch auf die Politik der Parteien selbst aus. Sie stehen viel stärker in der Pflicht, die Interessen und Meinungen der Bevölkerung wahr- und ernst zu nehmen. Denn letztlich ist es grundsätzlich immer möglich, durch ebenjene mithilfe direktdemokratischer Prozesse korrigiert zu werden.

Nun gibt es natürlich – wie bei allen politischen Fragen – auch Gegner/innen der direkten Demokratie. Und die weisen am liebsten auf die vermeintlich unkalkulierbaren Risiken solcher Beteiligungsprozesse hin: Direkte Demokratie sei gefährlich, weil nur mit Affekten Politik gemacht würde und nicht mit Argumenten. Inhalte würden personalisiert, es ginge letztlich nur noch um das Charisma und die Ausstrahlung einiger weniger Politiker/innen. Darüber hinaus sei direkte Demokratie sozial unfair, weil sie ein hohes Niveau an politischer Bildung und an politischem Bewusstsein voraussetze. Darum würden von direkter Demokratie gerade die gut gebildeten höheren Schichten profitieren. All diese Argumente haben eines gemeinsam: Sie unterstellen den Leuten, die zur Wahl gehen, dass sie im Grunde nicht mündig sind, richtige Entscheidungen zu treffen. Zugespitzt: „Ihr dürft abstimmen, aber besser nur einmal alle vier Jahre und dann auch nur, solange ihr für uns stimmt.“ So aber läuft Demokratie nicht. Denn wer so argumentiert, legt eine antidemokratische Haltung gegenüber seinen Mitmenschen an den Tag. Und braucht sich dann auch nicht zu wundern, dass niemand mehr zur Wahl geht oder sich für Politik interessiert.

Die Gegner/innen der direkten Demokratie bleiben triftige Argumente schuldig, warum direkte Demokratie der Demokratie als solcher denn nun schaden sollte. Das einzige, was wir mit der direkten Demokratie zu verlieren haben, ist die Angst vor der Demokratie selbst. Will die Demokratie eine Zukunft haben, wird sie sich neu erfinden müssen – als parlamentarische Demokratie mit Direktwahlen und Volksabstimmungen.

# DEMOKRATIE?

## CONTRA

### WENN DIREKTE DEMOKRATIE DIE ANTWORT IST, WAS WAR DANN DIE FRAGE?

In der Biologie gibt es den Begriff der Übersprungshandlung. Sie kann bei Lebewesen dann zustande kommen, wenn der Impuls für zwei Reaktionen gleich stark ist, das Lebewesen sich daher für keine entscheiden kann und stattdessen etwas völlig Anderes tut. Die meisten von uns kennen das Phänomen aus ihrem eigenen Alltag. Man sitzt an der Steuererklärung, kommt nicht weiter – und räumt erstmal die Küche auf.

Auch in der Politik gibt es Übersprungshandlungen. Wann immer ernsthaft über die Krise der Demokratie gesprochen wird, steht früher oder später jemand auf und ruft nach „direkter Demokratie“. In der Regel vollkommen losgelöst von der Ausgangsfrage. Politikmüdigkeit? Direkte Demokratie! Rechtspopulismus? Direkte Demokratie! Globalisierung? Direkte Demokratie!

Die Biologie kennt vor allem zwei Gründe für Übersprungshandlungen. Erstens: Mangel an Motivation, sich mit dem Gegenstand auseinanderzusetzen. Oder zweitens: Zu geringe Problemlösekompetenz. Und Ersteres – ein Mangel an Motivation, sich in Komplexität hineinzudenken – ist den Verfechtern/innen der direkten Demokratie vorzuwerfen. Warum? Weil ganz einfach unsere Welt viel zu komplex ist, als dass sich die Herausforderungen lediglich bequem mit einem „Ja“ oder „Nein“ entscheiden ließen. Wofür wäre man nicht alles? Schließung aller Autobahnen aus Umweltschutzgründen? Dafür! Weltfrieden? Dafür! Luxus für alle? Dafür! Mit so einer „Häppchen“-Demokratie aber ist rein gar nichts gewonnen. Befriedigt wäre nur das gute Gefühl, einmal wieder für das moralisch Richtige gestimmt zu haben, nicht aber für das pragmatisch Sinnvolle. Und genau hier ist auch das Einfallstor für Populismus aller Art zu sehen. Denn nichts ist schwieriger, als sich angesichts der eigenen politischen Wünsche und Sorgen für eine machbare Politik zu entscheiden und nicht für die Propaganda einer einfachen Lösung.

Doch selbst wenn dem nicht so wäre, und alle Wähler/innen sich ganz realistisch und nüchtern an der Entscheidungsfindung beteiligen würden, käme man so nicht viel weiter. Denn bei Direktwahlen oder Volksabstimmungen können höchstens Grundsatzfragen geklärt werden.

Alles andere würde die zur Verfügung stehende Zeit der Wähler/innen überstrapazieren. Sie müssten sich wie Vollzeitpolitiker/innen tief in die jeweilige Materie einarbeiten, um sinnvolle und belastbare Positionen zu entwickeln. Das aber ist vollkommen unrealistisch. Zur Erinnerung: Auch ein/e Bundestagsabgeordnete/r kennt höchstens ein oder zwei Fachbereiche wirklich gut, sodass er/sie fundierte Entscheidungen treffen kann. Das aber, also Kenntnisse der jeweiligen Rechtsprechung, Wissen über die Konsequenzen einer Entscheidung etc., sind die Voraussetzung dafür, tragfähige politische Entscheidungen herbeizuführen. Direkte Demokratie geht also auf Kosten guter Politik, erkaufte durch das Gefühl, wirklich mitbestimmen zu können.

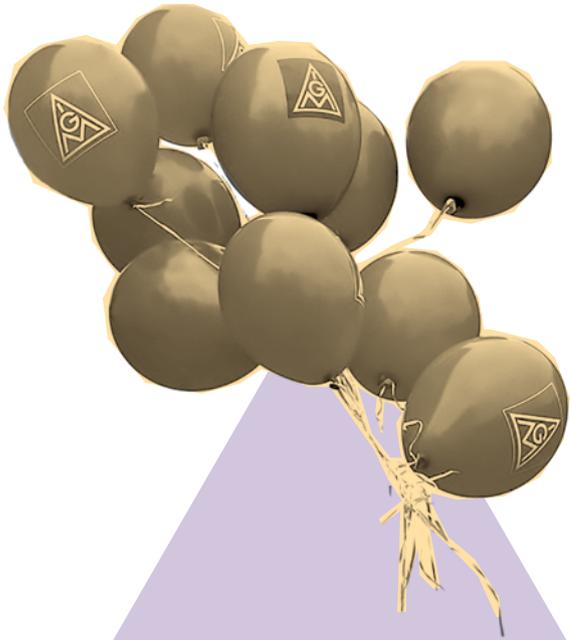
Dazu kommt, dass auch die Instrumente direkter Demokratie das Problem sinkender Beteiligung infolge sozialer und ökonomischer Ausschlüsse oder Ungleichheiten nicht lindern, sondern tendenziell eher verstärken, wie entsprechende Studien zeigen. Die Teilnahme an Volksabstimmungen auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene bleibt meist hinter der Beteiligung an allgemeinen Wahlen zurück – insbesondere im Vergleich zu nationalen Parlamentswahlen. Typischerweise stimmen beispielsweise in der Schweiz bei Volksentscheiden vor allem die höheren und mittleren Schichten, die Gebildeten und überproportional viele Männer ab. Das führt direkt zum nächsten wichtigen Aspekt, dem Minderheitenschutz. Einer der Grundpfeiler jeder Demokratie. Gerade die Minderheitenrechte sind es nämlich, die unter direktdemokratischen Verfahren leiden könnten, und dies auch oft tun. Studien in Bezug auf die Schweiz und auf Kalifornien offenbarten, dass, wenn in minderheitenrelevanten Abstimmungen Veränderungen durchgesetzt wurden, diese immer zum Nachteil der Minderheiten gerieten.

Wenn also angesichts von Europäisierung, Globalisierung, Politikmüdigkeit und Rechtspopulismus die Frage lautet: „Wie kann die Krise der Demokratie überwunden werden?“, dann ist die Forderung nach direkter Demokratie die falsche Antwort auf eine eigentlich richtig gestellte Frage. Das Problem etwa bei Europäisierung oder Globalisierung ist nämlich nicht, dass nicht direkt entschieden wird, sondern dass entweder gar nicht entschieden wird oder die bestehenden Institutionen zu wenig ausrichten können. Hätte beispielsweise das Europaparlament mehr Macht und würde Europa tatsächlich über eine Arbeits- und Sozialpolitik verfügen, die diesen Namen auch verdient, wäre in Sachen Politikmüdigkeit erheblich etwas getan. Statt also auf die direkte Demokratie als Allheilmittel für die Krise der Demokratie zu setzen, wäre es an der Zeit, die Perspektive zu wechseln und alle Energie darauf zu verwenden, dass die parlamentarische Demokratie gestärkt und ausgebaut wird. In Deutschland, in Europa, weltweit.



# DEMOKRATIE ENDET AM WERKSTOR? NICHT!

DAS ZAUBERWORT HEISST MITBESTIMMUNG



## Beginnen wir mit der guten Nachricht: Beschäftigte begrüßen Demokratie im Betrieb und wollen sich beteiligen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Universität Duisburg-Essen aus dem Jahr 2015.\* Und das ist für uns als Gewerkschaft von enorm hoher Bedeutung.

**M**itbestimmung wird von der überwiegenden Mehrheit der Beschäftigten als etwas Positives wahrgenommen, so die Studie weiter. 65 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu: „Die Arbeitnehmer sollen mindestens genau so viel Einfluss haben wie die Arbeitgeber“. 68 Prozent erachteten Mitbestimmung generell für gut und sinnvoll. Überraschenderweise auch in Beschäftigtengruppen, in denen die Forscher/innen mit mehr Ablehnung gerechnet hätten, etwa bei leitenden Angestellten, Freiberuflern/innen und Selbstständigen. Deutlich missbilligt wurden Vorstellungen wie die, dass dem Unternehmer bzw. Arbeitgeber das alleinige Entscheidungsrecht zustehe. Ebenso wie die Idee, dass Mitbestimmung zu Lasten der Unternehmen ginge. Mitbestimmung wird – das macht die Studie deutlich – von den Menschen mit Demokratie assoziiert und deshalb positiv gewertet. „Mit einiger Vorsicht würde ich sagen, da gibt es eine Bereitschaft, sich für das Thema zu engagieren.“ erklärt Werner Nienhüser, Wirtschaftswissenschaftler, Professor und Leiter der Studie. Das wird auch aus den hohen Beteiligungszahlen bei den Betriebsratswahlen ersichtlich. Die Wahlbeteiligung liegt im Durchschnitt bei mehr als 80 Prozent. Und damit klar über der bei der letzten Bundestagswahl 2013, als lediglich 71,5 Prozent der Wahlberechtigten an die Urnen traten.

### DAS PRINZIP SELBSTWIRKSAMKEIT

Auffällig ist: Es besteht ein erkennbarer statistischer Zusammenhang zwischen der persönlichen Erfahrung von und mit Mitbestimmung und der eigenen Haltung dazu. Mehr Mitbestimmungserfahrungen bewirken eine positivere Einstellung. Woran kann das liegen? Ein zentrales Element in diesem Zusammenhang ist das Prinzip der Selbstwirksamkeit. Menschen beginnen oft nur dann mit einer Handlung, wenn sie davon überzeugt sind, dass sie diese auch erfolgreich ausführen können. Hier geht es in erster Linie darum, von der eigenen Selbstwirksamkeit überzeugt zu sein. Denn es ist in den meisten Fällen irrelevant, ob die betreffende Person wirklich zur Ausführung in der Lage ist oder nicht. Es braucht lediglich die Überzeugung, es zu sein, um die Herausforderung anzunehmen.

Und die Überzeugung von Selbstwirksamkeit wiederum resultiert aus der Erfahrung von Selbstwirksamkeit. Diese Erfahrung muss nicht zwangsläufig in dem aktuell zur Disposition stehenden Bereich gemacht worden sein. Sie muss lediglich überhaupt gemacht worden sein. Dann übertragen Menschen diese Erfahrung auch in andere Lebensbereiche.

Wer also bereits die Erfahrung gemacht hat, dass Mitbestimmung funktioniert und sich auszahlt, hat dazu in den allermeisten Fällen eine positive Grundhaltung. Die übrigens – und auch das kann nicht schaden – oftmals recht tragfähig ist, also auch kleinere Enttäuschungen übersteht. Und wer einmal die Erfahrung gemacht hat, dass es sich lohnt, gemeinsam für etwas einzustehen, wird mit großer Wahrscheinlichkeit auch bei der nächsten größeren Herausforderung nicht kneifen, sondern aktiv dabei sein.

Selbstbestimmung, Autonomie, Selbstwirksamkeit – das sind also enorm wichtige Erfahrungen für Menschen. Leider aber auch genau die Erfahrungen, die sie in unserer durchökonomisierten und zunehmend fremdbestimmten Welt immer seltener machen. Dabei sind sie entscheidend für den Willen, sich aktiv einzubringen. Ihr Fehlen verursacht Frustration. Das beste Mittel gegen Verdrossenheit jeder Art ist deshalb, Menschen aktiv einzubinden, um ihnen die Erfahrung zu ermöglichen, dass es einen Unterschied macht, was sie tun – und ob sie etwas tun.

Die IG Metall versteht sich als Beteiligungsgewerkschaft. Denn Partizipation ist die Voraussetzung für jede erfolgreiche Interessenvertretung. Es geht nicht darum, für andere zu denken, zu entscheiden und zu handeln. Es geht darum, das mit ihnen gemeinsam zu tun. Beteiligung ist für die IG Metall nicht lediglich ein Instrument. Beteiligung ist ein politisches Programm für mehr Demokratie. Sie ersetzt kein repräsentatives System, aber sie ergänzt und stärkt es.

\* Nienhüser, W./Glück, E./Gödde, L./Hoßfeld, H. (2016): Mitbestimmung der Arbeitnehmer – was Menschen darüber denken (in Vorbereitung).

## FOKUS TARIFPOLITIK

In der Tarifpolitik spielt Beteiligung eine entscheidende Rolle. Denn hier ist es in erster Linie der Beweis der eigenen Stärke, der die „Gegenseite“ an den Verhandlungstisch zwingt. Egal, ob es um regelmäßige Entgelterhöhungen, die Rückkehr in die bzw. die Durchsetzung von Tarifbindung oder die Abwehr von Tarifrucht geht – je mehr Mitglieder sich aktiv und sichtbar beteiligen, desto besser stehen die Chancen. Wichtig ist hierbei: Je früher die Einbindung geschieht, desto besser. Niemand wird gern vor vollendete Tatsachen gestellt und dann darum gebeten, sich nun für deren Durchsetzung stark zu machen. Am überzeugtesten und damit auch am überzeugendsten kämpft es sich für Dinge, die man mitentschieden hat. Das Ziel der IG Metall ist es deshalb, Tarifrunden in allen Phasen noch beteiligungsorientierter zu gestalten.

### FORDERUNGSFINDUNG

Beschäftigte sollen vor allem bei strategischen tarifpolitischen Weichenstellungen noch stärker eingebunden werden. Sinnvolle Instrumente dafür sind aktivierende Mitgliederbefragungen und offene Diskussionsrunden, in denen kurz- und mittelfristige Ziele der jeweiligen Tariffbewegung vorgestellt und debattiert werden. Im Idealfall gibt es in den Betrieben aktive Vertrauensleutestrukturen, die solche Diskussionen und Forderungen ermöglichen. Darüber hinaus sollte immer wieder aktiv darauf hingewiesen und dazu eingeladen werden, die Delegierten in den Tarifkommissionen mitzubestimmen oder sich ggf. selbst aufstellen zu lassen.

### MOBILISIERUNG

Hier geht es zum einen darum, Identifikation herzustellen und der Beteiligung einen verbindlichen Rahmen zu geben. Dafür braucht es nachhaltige Symbole mit Wiedererkennungswert. Das „WIR“ ist dafür ein gutes Beispiel. Es wird seit einigen Jahren in den unterschiedlichsten Tariffbewegungen genutzt und schafft so eine verbindende Klammer zwischen den einzelnen Aktionen. Gleichzeitig müssen auch die Aktionsformen selber offener und beteiligungsorientierter gestaltet werden. So, dass sich auch Menschen angesprochen fühlen, die bisher keine Mitglieder sind und/oder bislang noch keine Erfahrungen mit Arbeitskämpfen gemacht haben. Das gilt auch und vor allem für Beschäftigtengruppen und Arbeitsbereiche, in denen die IG Metall traditionell noch nicht so stark vertreten ist. Und in denen unter Umständen auch eine andere Kultur herrscht, was die Frage nach gewerkschaftlicher Interessenvertretung betrifft. Das heißt keinesfalls, defensiver auftreten zu müssen. Es bedeutet eher, integrativer zu denken und zu handeln. Nicht jede/r mag mit Trillerpfeife und Warnweste herumlaufen. Eine größere Vielfalt an Symbolen und Aktionselementen kann hier helfen.

### ERGEBNIS- UND UMSETZUNGSBETEILIGUNG

Mit der Unterschrift unter dem Tarifvertrag ist die Tariffbewegung noch lange nicht zu Ende. Jetzt geht darum, alle Beteiligten über die Ergebnisse zu informieren, für ihren Einsatz zu danken und die konkrete Umsetzung in den Betrieben voranzutreiben. Das klingt selbstverständlich, ist es aber leider nicht immer. Häufig wird vergessen oder unterschätzt, wie relevant gerade der Nachgang von Tariffbewegungen für die Mitgliederbindung ist. Und damit auch für die Bereitschaft, sich erneut aktiv zu beteiligen. Manchmal müssen die Ergebnisse auch argumentiert werden, gerade dann, wenn nicht alle Forderungen durchgesetzt werden konnten. Hier gilt es, durch aktive Kontaktaufnahme und Bereitschaft zur offenen Diskussion Enttäuschungen zu vermeiden und Vertrauen zu fördern. Und dann braucht es eine gemeinsame Nachbetrachtung, beispielsweise im Rahmen einer Jugend- und Auszubildendenversammlung. Was lief gut? Was lief schlecht? Was wollen und können wir beim nächsten Mal besser machen? Das sollten hier die Leitfragen sein. Es macht Sinn, die Ergebnisse festzuhalten, um in der Vorbereitung der nächsten Tarifrunde einen Blick darauf werfen zu können.

#### Einstellungen zur Mitbestimmung

■ Pro ■ Contra Angaben in Prozent

**Mitbestimmung schützt Arbeitnehmer/innen in Krisenzeiten.**

69

**Mitbestimmung sorgt dafür, dass es bei der Bezahlung gerecht zugeht.**

71

**Mitbestimmung ist notwendig, damit nicht nur einige wenige Unternehmer und Manager entscheiden.**

87

**Mitbestimmung verhindert Arbeitsplätze.**

16

**Mitbestimmung führt dazu, dass deutsche Unternehmen ins Ausland abwandern.**

26

„Stimme völlig/eher zu“ gewichtete Daten.

Quelle: Nienhüser 2015



**„Konferenzen mit denjenigen, die ohnehin einer Meinung sind und Mitbestimmung gut finden, lösen das Problem nicht. Außerdem erreicht man die Menschen nicht mit Appellen, sondern mit Erzählungen: weniger Zahlen, dafür mehr Beispiele – und die verantwortlichen Akteure sichtbar machen.“**

Werner Nienhüser, Wirtschaftswissenschaftler

## FOKUS AKTIVE BETRIEBSPOLITIK

Eine nachhaltige und proaktive Betriebspolitik ist das A und O für mehr Demokratie im Betrieb. Nicht nur, weil auch Interessenvertreter/innen sich vor ihren Wähler/innen legitimieren müssen. Sondern auch, weil Interessen an sich nichts Statisches sind. Gerade in wirtschaftlich und politisch dynamischen Zeiten verliert man schnell mal den Überblick darüber, was eigentlich gut für einen ist. Zumal auch die Unternehmensseite die Vorteile von Beteiligung der Belegschaften erkannt hat und nicht darauf verzichtet, in ihrem Interesse zu informieren und zu mobilisieren. Hier braucht es engagierte und qualifizierte JAVen und Betriebsräte, die aktiv eigene Meinungsbildungsprozesse in den Betrieben anstoßen, begleiten und moderieren. Dazu gehört auch, die Beschäftigten proaktiv zu informieren und in Entscheidungsprozesse einzubinden. Ebenfalls wichtig ist es, transparent über die eigene Arbeit zu berichten, Konflikte darzustellen und auch Erfolge klar herauszustellen.

### PRAXISBEISPIEL „BESSER STATT BILLIGER“

Auch diese Strategie einer vorausschauenden aktiven Betriebspolitik baut auf die Partizipation der Beschäftigten. Grundsätzlich lohnt es sich nämlich immer, strategische Unternehmenspolitik kritisch zu hinterfragen. Denn unternehmerisches Handeln ist fast nie alternativlos, auch wenn es von der Arbeitgeberseite gern so präsentiert wird. Die wahren Experten/innen im Unternehmen sind die Beschäftigten. Daher wissen sie auch am besten, wo Innovationspotenziale liegen und welche Alternativen es zu den bestehenden Fertigungsprozessen gibt. Und zwar jenseits von Verlagerung, Outsourcing, Lohndumping und der Verschlechterung von Arbeitsbedingungen.

## FOKUS INTERESSENVERTRETUNG

Die IG Metall schafft mit der Wahl und Unterstützung von Betriebsräten, Jugend- und Auszubildendenvertretungen und Vertrauensleuten strukturelle Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Unternehmen. Und wir können hier bereits jetzt auf große Erfolge zurückblicken: Weit über 10.000 Betriebsratsgremien, über 73.000 Betriebsräte, 50.000 Vertrauensleute und Tausende Jugend- und Auszubildendenvertreter/innen praktizieren bundesweit tagtäglich gelebte Partizipation.

Und auch gesellschaftspolitisch setzt die IG Metall auf mehr Beteiligung. Deshalb sind wir mit einer bundesweiten Beschäftigtenbefragung ins Wahljahr 2017 gestartet. Mehr als 680.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben sich beteiligt. Davon war jede/r Dritte (noch) kein IG Metall-Mitglied. So viele Menschen zu erreichen und dazu zu motivieren, sich einzubringen – das war und ist ein Riesenerfolg. Es wird nun darum gehen, das Votum von so vielen Menschen zu ihren eigenen Wünschen, Zielen und Bedürfnissen in den Bundestagswahlkampf einbringen. Die große Beteiligung von Nichtmitgliedern zeigt zudem eine große Offenheit und Interesse an der IG Metall. Das sollten wir aktiv nutzen, um diese Menschen für eine Mitgliedschaft zu gewinnen. Damit die IG Metall noch stärker wird.



# WIE SOLLTE BETRIEBLICHE DEMOKRATIE IM 21. JAHRHUNDERT AUSSEHEN, HERR TIETEL?

**Du arbeitest unter anderem als Coach für Betriebsräte und Arbeitnehmer/innen. Wann endet Demokratie am Werkstor und wann nicht?**

Demokratie endet am Werkstor, wenn Arbeitgeber die bestehenden Mitbestimmungsgesetze missachten, ihren Betriebsrat und ihre JAV nicht angemessen einbeziehen oder es – wie es leider in vielen Klein- und Mittelbetrieben vorkommt – überhaupt keine betriebliche Interessenvertretung gibt. Demokratie endet am Werkstor, wenn es Beschäftigten schwermgemacht wird, ihre Interessen zu vertreten und Einfluss auf ihre Arbeit und ihre Arbeitsbedingungen zu nehmen. Und sie endet am Werkstor, wenn es dem Arbeitgeber gelingt, eine Vereinzelung der Beschäftigten zu erreichen und Solidarität zu untergraben. Demokratie endet aber auch dann am Werkstor, wenn Beschäftigte eine Art von Untertanenmentalität pflegen und sich nicht trauen, mit ihren Vorgesetzten für ihre Interessen Konflikte einzugehen und auszutragen. Viele Kollegen/innen wenden ihren Ärger nach innen, werden passiv oder depressiv und warten in der Politik auf eine Lichtgestalt, die scheinbar Rettung verspricht.

**Welche Rolle spielen Betriebsräte und Gewerkschaften für die Demokratie im Betrieb?**

Eine zentrale. Dass das von den Beschäftigten auch so gesehen wird, zeigt die hohe Beteiligung bei den Betriebsratswahlen, die oft weit über der bei den Wahlen auf kommunaler, Länder- und Bundesebene liegt. Bei aller Kritik im Detail wissen die Kolleginnen und Kollegen doch sehr genau, dass Betriebsräte und Gewerkschaften ihre wichtigsten Interessenvertretungen sind. Betriebsräte können die Demokratie jedoch noch ausbauen, indem sie die Beschäftigten beteiligen und sie als „Experten in eigener Sache“ mit einbeziehen. Dadurch gewinnen Beschäftigte Selbstvertrauen und – wie wir in der Psychologie sagen – die Erfahrung von „Selbstwirksamkeit“, die eine wichtige Grundlage dafür ist, sich eine demokratische Arbeitswelt überhaupt vorstellen zu können. Im Übrigen wirken sich solche Selbstwirksamkeitserfahrungen auch weit über den Betrieb hinaus auf die Demokratie in der Gesellschaft aus.

**Sprechen wir über Visionen. Wie sollte Demokratie im Betrieb im 21. Jahrhundert aussehen?**

Bereits heute ist die Gestaltung einer humanen und gerechten Arbeitswelt ein wichtiges Thema in Gewerkschaft und Betrieb. In der kritischen Wissenschaft gibt es die Idee vom „Bürger am Arbeitsplatz“. Wenn wir diese Idee ernst nehmen, heißt das, dass wir nicht mehr nur darüber sprechen, wie unsere Arbeitsbedingungen aussehen, sondern auch darüber, was wir produzieren und für wen wir produzieren. Damit kommt die gesellschaftliche und ökologische Verantwortung des Betriebs in den Blick. Genau genommen leben wir noch immer in einer halbierten Demokratie: Wir haben zwar Mitspracherechte im Betrieb, aber letztlich entscheiden doch die Eigentümer/innen. Zur Demokratie im Betrieb gehören weitere Aspekte wie die stärkere Beteiligung der Beschäftigten bei allen sie betreffenden Fragen, Kooperation auf Augenhöhe statt Hierarchie, und nicht zuletzt die Mitsprache bei der Einstellung und Absetzung von Vorgesetzten.





Betriebsräte sollten die Beschäftigten beteiligen und als „Experten in eigener Sache“ einbeziehen. Dadurch gewinnen Beschäftigte Selbstvertrauen und machen die Erfahrung von „Selbstwirksamkeit“.

### Was muss dafür in der Gesellschaft und in der Politik passieren?

Die Politik muss die Rahmenbedingungen setzen. Das heißt zunächst einmal, dem ungezügelter Neoliberalismus und Finanzkapitalismus die Frage entgegenzustellen, wie wir eigentlich leben und arbeiten wollen! Politik muss die Betriebsverfassung und die Unternehmensmitbestimmung um die eben genannten Aspekte erweitern und damit den Beschäftigten stärkere Einflussmöglichkeiten verschaffen. Sie muss möglichst viele Räume schaffen, in denen Selbstwirksamkeitserfahrungen gemacht werden können. Im Stadtteil, in der Kommune, im Land und auch im Bund. Damit Menschen überhaupt wieder über Utopien nachdenken und diese für möglich halten. Das fängt schon in Kindergarten und Schule an. Der Verlust von utopischer Phantasie ist eine zentrale Blockade für Demokratisierung. Politik muss die Menschen nicht nur mitnehmen, sondern auch ermutigen.

### Was können die Einzelnen tun?

Politische Veränderungen wird es nur geben, wenn sich jeder und jede Einzelne mit seinen/ihren eigenen Interessen und Sichtweisen ernst nimmt und auf den verschiedenen Ebenen einbringt: am Arbeitsplatz, im Vertrauenskörper, in der Gewerkschaft, in Beteiligungsprojekten usw. Die Einzelnen sollten aber auch von ihrer Gewerkschaft fordern, demokratischer und beteiligungsorientierter zu werden. Nicht nur die Unternehmen sind hierarchisch organisiert, auch in der IG Metall geht so manches von oben nach unten! Mein Eindruck ist, die IG Metall hat das erkannt und ist auf einem guten Wege.

#### ERHARD TIETEL

ist Professor für Arbeits- und Sozialpsychologie an der Universität Bremen und coacht Arbeitnehmer/innen und Betriebsräte. Zusammen mit Roland Kunkel hat er u. a. den Band „Reflexiv-strategische Beratung. Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen professionell begleiten“ (2011) herausgegeben. Zuletzt erschien sein Beitrag „Wenn die Rollen neu verteilt werden“ über die Nachfolge im Betriebsrat im Magazin „Mitbestimmung“ der Hans-Böckler-Stiftung.



# BBIG - JA, ABER BESSER!

Wie eine Idee  
und junge Aktive  
ein Gesetz  
verändern

von Michael Schmitzer



**U**nzufriedenheit ist die Grundlage jeder Veränderung. Wäre alles perfekt, gäbe es keinen Anlass, sich über Verbesserungen Gedanken zu machen. Aber Unzufriedenheit allein reicht nicht aus. Es kommt darauf an, was man daraus macht. Man kann sich beispielsweise einen Punchingball aufhängen und draufhauen. Das verschafft kurzzeitig Erleichterung, ändert allerdings an den die Unzufriedenheit verursachenden Umständen in der Regel nichts. Dennoch ist dieses Modell „Abreagieren an Projektionsflächen“ leider oft die zentrale Strategie von Kampagnen.

Oder – man sucht sich Leute, denen es ähnlich geht und erarbeitet mit ihnen zusammen ein Zielbild, wie es anders und besser gehen kann. Das dauert unter Umständen etwas länger und es erfordert zumeist auch mehr Anstrengung. Aber es hat mehr Aussicht auf nachhaltigen Erfolg. Denn politische Kampagnen müssen Menschen zueinander bringen. Sie müssen breit diskutiert und von vielen getragen werden. Betroffene und Entscheider/innen gehören dabei an einen Tisch – sei es im Betrieb oder gesamtgesellschaftlich. Weil es eben nicht einzelne Highlights sind, die zum Erfolg führen, sondern nur langfristige Überzeugungsarbeit. Oder anders gesagt: „Steter Tropfen höhlt den Stein“.

Mit unseren Aktivitäten zur Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) im Rahmen der Kampagne „modern.bilden.“ haben wir uns dieses Motto zu Herzen genommen. Und mit einer Bottom-Up-Strategie erfolgreich Politik gemacht. Bottom-Up bedeutet Beteiligung und Empowerment von unten nach oben. Die Betroffenen selbst – also die Auszubildenden, die Beschäftigten, die Bürgerinnen und Bürger, die Wählerinnen und Wähler, die Öffentlichkeit – nehmen ihre eigenen Interessen wahr und in die Hand. Und üben anschließend sowohl direkt als auch indirekt Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung und Entscheidungsträger/innen aus.

### **UNSERE MISSION: MODERN. BILDEN.**

Die Qualität der beruflichen Bildung zu sichern und auszubauen gehört zu unseren Kernaufgaben als Gewerkschaft. Und hier haben wir in den vergangenen Jahrzehnten bereits viel erreicht. Gleichzeitig stehen wir vor großen Herausforderungen. Denn mit den aktuellen technischen und gesellschaftlichen Veränderungen – Stichwort Industrie 4.0 und Digitalisierung – gehen auch viele Unsicherheiten einher. Gerade junge Menschen stellen sich die Frage, was ihre Ausbildung in zehn oder fünfzehn Jahren noch wert ist. Insbesondere auch, weil nicht alle – Betriebe und Jugendliche – diesen Wandel gleichzeitig und im gleichen Umfang nachvollziehen (können).

Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen und gleichzeitig die Gefahren eindämmen. Das ist im Grunde kein Hexenwerk, denn das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) gibt uns mit den Paragraphen 96–98 weitreichende Mitbestimmungsrechte in den Fragen der beruflichen Bildung. Trotz unserer guten Ausgangslage – rechtlich und mobilisierungstechnisch – mussten wir leider häufig feststellen, dass die Arbeitgeberseite uns einen Schritt voraus war. Bis zum Jahr 2013. Da kam unsere Chance. Und wir haben sie ergriffen.

### **UNSERE CHANCE: DER KOALITIONSVERTRAG**

Im Koalitionsvertrag, der am 27. November 2013 von der SPD und den Unionsparteien unterzeichnet wurde, fand sich folgende kurze Formulierung: „Wir werden das Berufsbildungsgesetz evaluieren und Anpassungen prüfen, insbesondere in Hinblick auf die Erhöhung der Durchlässigkeit, die Stärkung der Ausbildungsqualität und gestufter Ausbildungen, die Bildung von Berufsfamilien und die Sicherung des Ehrenamtes in den Prüfungsgremien.“

Eine Evaluation ist zunächst ja nichts Schlimmes. Aber der Hinweis auf eine gestufte Ausbildung zog unsere volle Aufmerksamkeit auf sich. Denn das beim erfolgreichen Modell der dreieinhalbjährigen Ausbildung Experimente mit Stufungen vorgenommen werden sollten, war für uns als IG Metall Jugend ganz und gar nicht akzeptabel. Gleichzeitig jedoch erkannten wir die Möglichkeiten, die uns der mit der Evaluation zusammenhängende Prozess eröffnen konnte. Und deshalb hieß es von da an für uns: Strategiewechsel! Agieren statt reagieren! Denn wer die Welle auslöst, wird von ihr nicht überrascht.

Die IG Metall Jugend beschloss, im Rahmen der laufenden Bildungskampagne auf die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) politischen Einfluss zu nehmen und ihre Forderungen für ein modernes BBiG gegenüber der Politik und den konkurrierenden Interessen der Arbeitgeber durchzusetzen. Unser Ziel: Die Novellierung des BBiG aktiv begleiten, Verschlechterungen verhindern und Verbesserung erstreiten. Oder konkreter formuliert: Aus einem ordnungspolitischen Gesetz ein Schutzgesetz für junge Menschen in Ausbildung zu machen und dabei drei zentrale Anliegen zu verankern:

- Chancengerechtigkeit
- Rechtssicherheit
- Ausbildungsqualität



## UNSER STRATEGISCHER ANSATZ: „ALL POLITICS IS LOCAL“

Um unsere Ziele zu erreichen, wagten wir eine neue Kampagnenstrategie und entwickelten unsere bestehende Kampagne „Revolution Bildung“ weiter. Warum? Als Gewerkschaften sind wir vor Ort in den Betrieben stark und können betriebs- und tarifpolitisch Einfluss nehmen. Um die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes aktiv mitzugestalten, mussten wir auf die Politik schauen und die handelnden Akteure/innen auf Bundesebene analysieren. Dabei fiel auf, dass die hauptsächlichen Multiplikatoren/innen und Entscheider/innen im Bundestag im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung sowie in den Arbeitsgruppen zum Thema Bildung in den einzelnen Fraktionen zu verorten sind. Um hier etwas zu erreichen, braucht es jede Menge Know-how. Und eine gute Strategie.

Das System des Lobbyismus auf Bundesebene ist eingefahren und intransparent – und daher für uns wenig erfolgsversprechend. Zumal unsere politischen Gegenspieler/innen über weitaus mehr finanzielle und personelle Ressourcen verfügen. Davon haben wir uns jedoch nicht abschrecken lassen. Denn das System hat eine große Schwäche: „All politics is local.“ Auf der regionalen Ebene haben die Politiker/innen ein Gesicht und müssen sich für „ihre“ Politik in Berlin verantworten. Mit dieser Analyse kristallisierte sich der entscheidende Ansatzpunkt für uns als IG Metall Jugend heraus: Die Mitglieder des zuständigen Ausschusses und der entsprechenden Arbeitsgruppen der Fraktionen wurden unsere primäre Zielgruppe. Und deren Wahlkreise unsere primäreren Aktionsorte.

Als IG Metall liegt unsere Stärke nämlich genau dort – vor Ort. In den Betrieben und in den Regionen sind wir in der Lage, eine so hohe politische Macht zu entfalten wie sonst kaum eine politische Großorganisation. Hier können wir uns auf etablierte und funktionierende Strukturen stützen. Dazu kommt: Jede/r Gewerkschafter/in ist nicht nur Arbeitnehmer/in mit Interessen innerhalb des Betriebes und der Arbeitswelt. Jede/r Gewerkschafter/in ist auch Bürger/in dieses Landes und wird demnach durch die gewählten Vertreter/innen in den Wahlkreisen im Deutschen Bundestag politisch vertreten. Hier setzten wir an: Wir forderten unser demokratisches Recht auf Repräsentation und Interessenvertretung gegenüber den organisierten Kapitalinteressen der Arbeitgeberverbände ein.

Das hieß konkret: Gemeinsam mit den Aktiven aus den Betrieben und Geschäftsstellen sowie mit unseren Jugend- und Auszubildendenvertretern/innen bauten wir Aktivengruppen in den Wahlkreisen der politischen Entscheidungsträger/innen auf. Diese Aktivengruppen führten die Kampagne vor Ort – im Betrieb, auf der Straße, in Zusammenarbeit mit der regionalen Presse und im Dialog oder Konflikt mit den verantwortlichen Politikern/innen des jeweiligen Wahlkreises. Und wir sorgten dafür, dass sie das nötige Know-how, Material und die Unterstützung bekamen, die sie für eine erfolgreiche Arbeit brauchten. Wir trainierten gemeinsam Kommunikations- und Kampagnentechniken, erarbeiteten Methoden, wie wir unsere Interessen politisch durchsetzen können und schafften intern geeignete Kommunikationsstrukturen.

## BEISPIEL: REGIONALE PODIUMSDISKUSSIONEN

In den regionalen Workshops, in denen wir die Aktivitäten vor Ort vorbereiteten, zeigte sich in den meisten Fällen schnell, dass wir die Abgeordneten mit den betroffenen Personen – den Auszubildenden und dual Studierenden – ganz direkt in Kontakt bringen müssen. Dafür eigneten sich Podiumsdiskussionen im Rahmen von gewerkschaftlichen Veranstaltungen sehr gut. Wir luden die Abgeordneten und andere relevante Akteure/innen ein und konfrontierten sie mit ganz konkreten Beispielen aus der Region, die unsere Forderungen nach einem besseren Berufsbildungsgesetz untermauerten.

In vielen Regionen nahmen die Abgeordneten unser Diskussionsangebot gerne an. Einige weigerten sich aber auch, einer Einladung der IG Metall Jugend zu folgen. In diesen Fällen spielten wir unsere Flexibilität vor Ort aus. Anschreiben, Mails und Telefonate – wir nutzten alle Kanäle, um unser Anliegen vorzubringen. Parallel recherchierten wir ganz konkrete Aussagen der jeweiligen Abgeordneten und setzten unsere Themen damit in Zusammenhang. Die große Kunst bestand vor allem darin, die diversen Ausweichmanöver der Verantwortlichen vorzusehen und schnell darauf zu reagieren. Unser Ziel war, dass sich die Mitglieder des Bundestages konzentriert mit der Thematik der beruflichen Bildung auseinandersetzen und den Problemen auf den Grund gehen. Das haben wir in den meisten unserer Zielwahlkreise auch erreicht. Nach wie vor halten wir Kontakt zu vielen Abgeordneten. Wir fragen nach, überprüfen und gehen „auf die Nerven“.



## UNSERE PERSPEKTIVE: WEITERMACHEN!

Das alles – unsere Präsenz vor Ort, unsere Aktivengruppen und allem voran unsere Motivation – hat uns in den vergangenen zwei Jahren den entscheidenden strategischen Vorteil verschafft. So ist es uns gelungen, aus einer Fachdiskussion Einzelner eine bundesweite Bewegung zu machen. Inzwischen diskutieren alle relevanten Parteien über die Notwendigkeit einer qualitativ hochwertigen und zeitgemäßen beruflichen Bildung. Und auch ganz konkret über unsere Forderungen als IG Metall Jugend.

Der ursprüngliche Plan der Regierung, im BBiG eine Standardisierung der Stufenausbildung zu implementieren, ist nicht aufgegangen. Wir haben es damit ein weiteres Mal geschafft, die Modularisierung der Berufsausbildung zu verhindern und so die Zukunftschancen und Perspektiven für junge Menschen auf einem hohen Niveau zu halten.

Gleichzeitig konnten wir zahlreiche Abgeordnete und Kandidaten/innen mit unseren Forderungen überzeugen. Rechtssicherheit, Chancengerechtigkeit und Ausbildungsqualität stehen nicht nur in den Wahlprogrammen, sondern sind zum persönlichen Anliegen vieler Akteure/innen geworden.

Es ist uns gelungen, einen Perspektivwechsel anzuregen – weg von der Fokussierung auf die Ausbildungsfähigkeit junger Menschen hin zu einem kritischen Blick auf die Handlung der ausbildenden Betriebe. Und konnten damit auch die allgemeine Annahme, ein fehlender Berufsabschluss sei allein die Schuld der Auszubildenden selbst, ad absurdum führen.

Das heißt: Wir haben einiges erreicht! Aber auch noch jede Menge vor. Als Nächstes wollen wir einen allgemeinen gesellschaftlichen Konsens erstreiten. Einen Konsens darüber, dass gute Bildung unser wichtigstes Gut ist. Und dass wir dafür ein besseres BBiG brauchen. Schaffen werden wir das alles aber nur, wenn wir so viele wie möglich sind. So viele engagierte Kolleginnen und Kollegen wie möglich, die sich tagtäglich mit uns gemeinsam dafür stark machen, dass junge Menschen positiv in die Zukunft schauen können. Und dass die Digitalisierung keine Bedrohung für den Arbeitsmarkt ist, sondern eine Chance.

Politische Kampagnen müssen Menschen zueinander bringen. Betroffene und Entscheider/innen gehören dabei an einen Tisch – sei es im Betrieb oder gesamtgesellschaftlich. Weil es nicht einzelne Highlights sind, die zum Erfolg führen, sondern nur langfristige Überzeugungsarbeit.

MACH  
WAS  
DRAUS!



**„Es gibt zwei Mächte auf der Welt und in der Politik: das organisierte Kapital und organisierte Menschen.“**

Saul D. Alinsky

# WIR MÜSSEN REDEN!

**EIN PAAR GUTE ARGUMENTE FÜR DIE DEMOKRATIE**

„Ich lese keine Zeitung mehr, da wird man doch eh nur betrogen.“

**LUGENPRESSE**

**D**as sehe ich anders. Ich denke, du machst es dir zu einfach. Was stimmt, ist: die Wirklichkeit ist meistens sehr komplex und widersprüchlich. Es gibt nicht die eine Wahrheit, die man eben nur aufschreiben muss, sondern viele verschiedene Blickwinkel auf eine Sache. Es gibt auch nicht „die Presse“ sondern vielmehr Hunderte von unterschiedlichen Zeitungen, Magazinen, Sendungen, Talkshows und Blogs. Jedes Medienformat und jeder Medienkonzern hat dabei seine eigenen Perspektiven auf die Wirklichkeit. Und alle streiten sich darüber, wer recht hat. Wenn es gut läuft: immer mit Argumenten. So erst entsteht Wahrheit, durch Streit mit Argumenten. Wer sagt: „Alles ist klar“, bietet in der Regel einfache Lösungen für schwierige Probleme an. Das mag bequem sein, in den allermeisten Fällen aber nicht richtig.

„Die da oben machen doch eh nur was sie wollen.“

Wen meinst du konkret?

## **UNSERE BUNDESREGIERUNG**

Ich habe nicht den Eindruck, dass die machen können, was sie wollen. Die Opposition tritt ziemlich aggressiv auf, die Journalisten/innen haken bei jedem Verdacht auf einen Skandal nach, der Bundesrat schießt öfter mal quer und das Bundesverfassungsgericht schmeißt regelmäßig ganze Gesetze wieder über den Haufen, weil sie nicht verfassungskonform sind. Zudem gibt es bei jedem Gesetzesvorhaben eine Lobbygruppe oder eine Bürger/inneninitiative, die sich auch zu Wort meldet, meist ziemlich lautstark.

## **DIE SPEKULANTEN UND WIRTSCHAFTSBOSSE.**

Dass es in der Wirtschaft und im Finanzbereich immer wieder rechtsfreie Räume gibt, stimmt leider. Und Wirtschaftskriminalität ist ein ernstes Problem, keine Frage. Gerade nach der Finanzkrise 2008/2009 waren aber auch viele in der Politik erschrocken darüber, sodass etwa der Bundestag Gegenmaßnahmen aufgelegt hat. Wir als IG Metall machen uns schon sehr lange dafür stark, dass im Finanzbereich und in der Wirtschaft mehr reguliert und mehr Transparenz hergestellt wird. Ein gutes Mittel dafür sind starke Interessenvertretungen – sowohl im Betrieb als auch in der Gesellschaft. Es gibt viel zu tun, und deshalb freuen wir uns immer über Unterstützung. Bist du eigentlich in der Gewerkschaft?



**W**er ist denn deines Erachtens „das Volk“? Und was will es? Ich kann nur sagen, wie das bei mir ist: Ich unterhalte mich mit meiner Familie, meinen Freunden/innen, meinen Kollegen/innen, ich lese Zeitungen etc. Aber woher soll ich denn wissen, was „das Volk“ will? Es gibt doch sehr viele sehr unterschiedliche Meinungen und Interessen in diesem Land. Mir scheint es unwahrscheinlich, dass alle irgendwann einmal dasselbe wollen. Allgemeine und gleiche Wahlen scheinen mir da immer noch ein ganz sinnvolles Mittel dafür zu sein, zu ergründen, was „das“ Volk will. Was wäre denn die Alternative? Immerhin sind „die da oben“ vom „Volk“ ja gewählt, oder würdest du das bestreiten?



**„Die da oben haben doch keine Ahnung, was das Volk wirklich will!“**

**„Ach, am Ende ist es doch ganz egal, wen man wählt – alles dasselbe.“**



**N**aja, womit du Recht hast, ist, dass die klaren Profile der ehemals großen Volksparteien mittlerweile sehr verschwommen sind und man oft nicht genau erkennen kann, wo die Unterschiede eigentlich liegen. Aber dass sich durch Regierungswechsel bzw. Wahlen nichts ändert, stimmt einfach nicht. Ein gutes (oder eher schlechtes) Beispiel dafür sind aktuell ja die USA. Oder, wenn man nicht ganz so weit weg gehen will, Ungarn oder auch Großbritannien. Sicherlich ist es so, dass Regierungen in einer modernen Demokratie unter enormem Erfolgsdruck stehen und es mit hochkomplexen wirtschaftlichen und politischen Situationen zu tun haben. Demokratien bewegen sich nur langsam in die eine oder andere Richtung. Aber das muss auch nicht immer unbedingt von Nachteil sein. So können Veränderungen aus verschiedenen Perspektiven geprüft werden und es kann manchmal auch so lange gestritten werden, bis eine für alle tragbare Lösung vorliegt.

**„Die ganzen Diskussionen und das Klein-Klein in den Parlamenten bringen doch nichts. Wir brauchen eine stramme politische Führung.“**

**E**s stimmt, in der Demokratie geht's oft langsam voran. Ich finde das auch frustrierend. Ich bin auch deshalb in der IG Metall, weil es mir nicht reicht, nur alle vier Jahre zur Wahl zu gehen. Dennoch: Parlamente haben klar den Vorteil, dass die Gesetze und Kompromisse dann auch Bestand haben, weil eben eine Mehrheit dafür ist. Auch wenn's manchmal länger dauert. Und: Die Abgeordneten in den Parlamenten sind gewählt, und zwar von der Bevölkerung. Eine stramme politische Führung bedeutet hingegen eigentlich nichts anderes als dass auf ganz viele Menschen keine Rücksicht genommen wird. Das will ich zumindest nicht.





**„Ich weiß nicht, was das soll mit den Betriebsratswahlen. Das ändert doch nichts.“**



**„Gewerkschaften blockieren ständig nur und sind ein Klotz am Bein der Volkswirtschaft.“**

**D**u musst ja auch gar nicht hingehen. Aber dann ist es so, dass andere für dich bestimmen, und das willst du vermutlich auch nicht, nehme ich an. Im Übrigen glaube ich, dass anders herum ein Schuh draus wird. Je stärker wir den Betriebsrat unterstützen und ihn in die Pflicht nehmen, sich stärker für unsere Interessen einzusetzen, desto besser kann der auch selbstbewusst gegenüber der Geschäftsführung auftreten und unsere Anliegen vertreten. Weißt du, welche Rechte ein Betriebsrat so hat? Was er alles mitbeeinflussen kann? Der Betriebsrat muss durch den Arbeitgeber über alles informiert werden, was zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist – unter anderem über Maßnahmen, die uns als Beschäftigte persönlich betreffen, wie beispielsweise Einstellung, Umgruppierung, Versetzung oder Kündigung. Zum Schutz unserer Interessen hat er die Möglichkeit, seine Zustimmung zu verweigern und Widerspruch einzulegen. Und auch Regelungen, die unter anderem die Lage, Verteilung und den Umfang der Arbeitszeit, Entlohnungsgrundsätze, Urlaub, betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen oder Leistungskontrollen betreffen, muss der Betriebsrat zustimmen, bevor sie wirksam werden.

**M**al ehrlich: Der deutschen Wirtschaft geht es heute so gut wie nie in den letzten zwanzig, dreißig Jahren. Auch die Beschäftigten gehören zur Volkswirtschaft. Und als Gewerkschaft sorgen wir hier mit regelmäßigen Tarifrunden für ausreichend Geld zum Leben und damit auch für Kaufkraft. Oder das ganze duale Ausbildungssystem und die hohe Qualität der deutschen Ausbildungsberufe – auch das trägt maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg bei. Und ganz aktuell sind es auch die Gewerkschaften, die sich für weitreichende Rechte auf Weiterbildung einsetzen. Gerade in Zeiten von industriellen Umbrüchen – Digitalisierung und Industrie 4.0 – ist Qualifizierung dringend notwendig, um die deutsche Wirtschaft zukunftsfähig und wetterfest zu machen. Ach, und übrigens: Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist der Grund dafür, dass sich heute niemand mehr halbkrank zur Arbeit schleppen muss. Das war auch eine Errungenschaft der Gewerkschaften.



Solidarität  
gewinnt

**„Der Betriebsrat behindert doch nur die Geschäftsführung. Die Geschäftsleitung trifft doch sinnvolle Entscheidungen, und die kommen am Ende allen zugute.“**

**N**ein, das ist falsch. Der Betriebsrat muss, das ist im Betriebsverfassungsgesetz so festgelegt, im Interesse des Unternehmens handeln. Und zu dem gehören auch die Beschäftigten. Und deren Interessen übersieht die Geschäftsführung auch gerne mal. Ich glaube ehrlich gesagt, dass die Entscheidungen der Geschäftsführung umso besser werden, je vertrauensvoller die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat ist.

**D**as ist mit zu pauschal. Reglementieren und verwalten, das ist das, was Bürokraten/innen machen. Und das ist auch gut so. Denn in Sachen Europa ist tatsächlich viel Verwaltung notwendig, zum Beispiel, um die Steuermittel auch gerecht zu verteilen. Du meinst aber sicherlich auch das Europäische Parlament, den Europäischen Rat etc. Das sind nun aber keine Bürokraten/innen, sondern Politiker/innen. Denen zu unterstellen, sie wollten vorsätzlich alles reglementieren, stimmt nicht. Da muss man die Kirche im Dorf lassen. Es scheint zwar manchmal nicht ganz einfach zu überblicken, was im Rahmen der Europäischen Einigung alles für Institutionen geschaffen wurden, und was die machen. Für so einen großen Kontinent wie Europa ist „Brüssel“ aber doch noch recht klein, wenn man das mal auf die Ländergrößen umrechnet. Für die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Europäischen Rat arbeiten knapp 45.000 Personen. Die sind zuständig für eine halbe Milliarde Menschen in der Europäischen Union. Zum Vergleich: Die Bundesministerien und die Bundesregierung Deutschlands beschäftigen ungefähr genauso viele Beamte/innen und Angestellte.

Im Übrigen hat die Europäische Union sehr viel umgesetzt mit ihren „Bürokraten/innen“, wie du sie nennst. Da sind zahllose Vorschriften zum Verbraucherschutz, zur Gleichstellung, zum Finanzverkehr, zur Angleichung von Rechtsverhältnissen. Konkret hätten wir in Deutschland vermutlich noch lange auf so etwas wie das Allgemeine Gleichstellungsgesetz, kostenloses Roaming oder freies Reisen warten können, wenn die Europäische Union das nicht auf den Weg gebracht hätte.

**„In Brüssel sitzen doch nur Bürokraten, die alles reglementieren wollen.“**



# MATERIALSAMMLUNG

## BÜCHER

**Stephan Lessenich: Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis**, Berlin 2016 → Wer zahlt den Preis für unseren Wohlstand? Der Soziologe Stephan Lessenich über das soziale Versagen unserer Weltordnung – eine Analyse globaler Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse.

**Daniel-Pascal Zorn: Logik für Demokraten. Eine Anleitung**, Stuttgart 2017 → In der Analyse bekommen Leser/innen Instrumente an die Hand, die Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen.

**Giorgio Agamben, Alain Badiou, Slavoj Žižek u. a.: Demokratie? Eine Debatte**, Berlin 2012 → In diesem Band setzen sich verschiedene Denker/innen mit dem Zustand und den Perspektiven der Demokratie auseinander.

**Jan-Werner Müller: Was ist Populismus? Ein Essay**, Berlin 2015 → Der Autor nimmt aktuelle Entwicklungen zum Ausgangspunkt, um eine Theorie des Populismus zu skizzieren und ihn letztlich klar von der Demokratie abzugrenzen.

**Carlo Strenger: Zivilisierte Verachtung**, Berlin 2015 → Eine Anleitung zur Verteidigung (demokratischer) Freiheit.

**Wendy Brown: Die schleichende Revolution – Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört**, Berlin 2015 → Brown zeigt auf, dass und wie Neoliberalismus das gesamte Denken prägt und alle Bereiche des Lebens sowie die Menschen selbst einem ökonomischen Bild entsprechend verändert.

**Avishai Margalit: Über Kompromisse und faule Kompromisse**, Berlin 2011 → Der Autor beschäftigt sich mit der Logik des Kompromisses – eine philosophische, politische und historische Analyse.

**David Van Reybrouck: Gegen Wahlen: Warum Abstimmen nicht demokratisch ist**, Göttingen 2016 → Eine provokante Streitschrift zur Zukunft partizipativer Politik – ein Beitrag zur Erneuerung der Demokratie.

## FILME

**Stefan Lamby (Regie): Nervöse Republik**, ARD 2017 → Brexit, Trump, AfD, „Volksverräter“-Rufe, Fake-News – die politische Klasse in Deutschland steht mächtig unter Druck. Auch Journalisten/innen erleben einen Umbruch. Der ARD-Film hat einige Protagonisten/innen aus Politik und Medien ein Jahr lang beobachtet. Der Film befindet sich in der ARD-Mediathek und auf der ARD-Seite bei YouTube.

## ARBEITSHILFEN

**Solidarität ohne Grenzen. Starkmachen für globale Gerechtigkeit**, Frankfurt am Main 2015, IGM-Produkt-Nr. 32989-59004, abrufbar unter: [www.igmetall.de/2015\\_Themenheft\\_Globalisierung\\_7461a7037182185e3273d37237a46cfced8d6296.pdf](http://www.igmetall.de/2015_Themenheft_Globalisierung_7461a7037182185e3273d37237a46cfced8d6296.pdf)

→ In Zeiten der Globalisierung steht auch die Arbeit der Gewerkschaften vor großen Herausforderungen. Das Themenheft beleuchtet Fragen internationaler Solidarität und Gewerkschaftsarbeit.

**Das soziale Europa ... damit unser Europa eine Zukunft bekommt**, Frankfurt am Main 2015, IGM-Produkt-Nr. 27807-55564, → Wie ein solidarisches und soziales Europa aussehen kann, damit befasst sich dieses Themenheft der IG Metall aus gewerkschaftlicher Perspektive. Zudem wird in die Funktionsweisen der EU-Institutionen eingeführt.

**Nachfragen, Klarstellen, Grenzen setzen. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD**, ein Heft der Amadeu Antonio Stiftung, Berlin 2016 → Was tun gegen Rechtspopulismus am Beispiel der AfD.

## STUDIEN

**Wolfgang Merkel: Nur schöner Schein. Demokratische Innovationen in Theorie und Praxis**, Frankfurt am Main 2015, abrufbar unter: [www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx\\_mplightshop/AH8o\\_Demokratie\\_web.pdf](http://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/AH8o_Demokratie_web.pdf) → Die Klage über die „Krise der Demokratie“ ist so alt wie die Demokratie selbst. In der Studie der Otto Brenner Stiftung untersucht Wolfgang Merkel ausgewählte Krisen-Diagnosen und mögliche demokratiefördernde Gegenmaßnahmen.

**Dirk Lange, Holger Onken und Tobias Korn: Politikunterricht im Fokus. Politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen**, Berlin 2013, abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10161.pdf> → Eine empirische Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über Politikunterricht an Schulen.

**Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler: Die enthemmte Mitte**, Leipzig 2016, downloadbar unter: [www.otto-brenner-stiftung.de/otto-brenner-stiftung/aktuelles/mitte-studie.html](http://www.otto-brenner-stiftung.de/otto-brenner-stiftung/aktuelles/mitte-studie.html) → Eine Studie zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und zu Rechtsextremismus im Speziellen.

## MAGAZINE

**fluter. Und wofür stehst du? Thema: Demokratie**, Bonn 2013, downloadbar unter: [www.fluter.de/heft48](http://www.fluter.de/heft48) → Ein Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung zu verschiedenen Facetten von Demokratie. Mit Reportagen, Interviews, Fotos sowie Grafiken.

## ONLINE-ANGEBOTE

**Bundeszentrale für politische Bildung: [www.bpb.de](http://www.bpb.de)** → Hier gibt es viele Informationen und Angebote zu politischen Themen – natürlich auch zum Thema Demokratie.

**Wahl-O-Mat: [www.wahl-o-mat.de](http://www.wahl-o-mat.de)** → Ein spezielles Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung. Der Wahl-O-Mat bietet eine Entscheidungshilfe vor Wahlen. Die Fragen werden von Jungwählern/innen entwickelt.

**Belltower News: [www.belltower.news](http://www.belltower.news)** → Das Portal der Amadeu Antonio Stiftung beschäftigt sich mit Rechtsextremismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, digitaler Gewalt und Kommunikationskultur, Strategien und Argumentationsmustern.

**Themenseite der Heinrich-Böll-Stiftung: [www.boell.de/de/tags/digitale-demokratie](http://www.boell.de/de/tags/digitale-demokratie)** → Hier finden sich Artikel zu digitalem Wahlkampf, Filter Bubbles und Fake News.

## IMPRESSUM

### Herausgeber

IG Metall Vorstand  
Ressort Junge IG Metall  
Wilhelm-Leuschner-Straße 79  
60329 Frankfurt am Main

### Konzept und Text

IG Metall Jugend in Zusammenarbeit mit  
goldenbogen. politische kommunikation

### Gestaltung

4S Design

### Fotos

Titel: lassedesignen/shutterstock.com, F8 studio/shutterstock.com, ZU\_09/istockphoto.com, Umschlagseite 2: knallgrün/photocase.de, andrey-fo/photocase.de, S. 01: Alex-/photocase.de, S. 02: IG Metall, S. 04: MidoSemsem/istockphoto.com, S. 05: juan\_aunion/fotolia.de, knallgrün/photocase.de, S. 06: Master1305/shutterstock.de, S. 07: F8 studio/shutterstock.de, S. 08: ZU\_09/istockphoto.com, S. 09: the\_renderfish/istockphoto.com, Dontworry/Wikimedia Commons, lkpro/photocase.de, S. 10: PolaRocket/photocase.de, Christian Schwier/fotolia.de, rcfotostock/fotolia.de, S. 11: Rawpixel/istockphoto.com, S. 12: kallejipp/photocase.de, JasonDoiy/istockphoto.com, S. 13: gemenacom/istockphoto.com, S. 14: Nicolò Caranti/Creative Commons, Politikundtheorie/Creative Commons, S. 15: DarwelShots/shutterstock.com, Thomas Range, Stanford University, S. 16: kallejipp/photocase.de, S. 17: b-fruchten/photocase.de, WilleeCole Photography/shutterstock.com, S. 18/19: PolaRocket/photocase.de, S. 20: no-afd.tumblr, Jan Lüdtke-Reißmann, S. 21 Streetart, S. 22: coralie/photocase.de, S. 23: klublu/photocase.de, S. 24: totalwerbung/photocase.de, anela.k/shutterstock.com, Thomas Range, S. 26/27: flo-flash/photocase.de, S. 28/29: filadendron/istockphoto.com, S. 30: Artishok/shutterstock.com, S. 31: Dean Drobot/shutterstock.com, Cressida studio/shutterstock.com, S. 33: Rami Zarnegar/Creative Commons, S. 34: DNY59/istockphoto.com, S. 35: Ollyy/shutterstock.com, Hadrian/shutterstock.com, S. 36/37: flo-flash/photocase.de, S. 38: Thomas Range, S. 41: David-W/photocase.de, Thomas Range, S. 42: Thomas Range, S. 43: Mtsaride/shutterstock.com, S. 44: izusek/istockphoto.com, S. 45: BrianAJackson/istockphoto.com, S. 46: ALotOfPeople/istockphoto.com, knallgrün/photocase.de, photowahn/photocase.de, S. 48: Flügelwesen/photocase.de, zululord/photocase.de, S. 49: wakila/istockphoto.com, life\_in\_a\_pixel/shutterstock.com, Katharina Levy/photocase.de, S. 50: REHvolution.de/photocase.de, pixelfit/istockphoto.com, S. 51: cydonna/photocase.de, cydonna/photocase.de

### Druck

alpha print medien AG, Darmstadt

1. Auflage Juli 2017

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes.

**„So wie die Freiheit eine Voraussetzung für die  
Demokratie ist, so schafft mehr Demokratie erst den Raum,  
in dem Freiheit praktiziert werden kann.“**

Willy Brandt